

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hermann Kurthen/Kay Marie Losey

Schlagwort oder Kampfbegriff?

Zur „Political Correctness“-Debatte in den USA

Cora Stephan

Political Correctness,
Identität und Wertelerativismus

Sven Papcke

„Political Correctness“
oder die Reinigung der Sprache

B 21–22/95

19. Mai 1995

Hermann Kurthen, Dr. phil., geb. 1952; Studium der Soziologie, Politik und Volkswirtschaft an der FU Berlin; 1991–1993 DAAD-Associate Professor in den USA; derzeit Forschungsstipendiat des German Marshall Fund of the U.S. an der Universität von North Carolina in Chapel Hill.

Veröffentlichungen zur Ausländerbeschäftigung und betrieblichen Personalpolitik, über ethnische Stratifikation und Arbeitsplatzdiskriminierung in Berlin und Toronto, deutsche Einwanderungspolitik, Multikulturalismus und Gleichstellungsgesetzgebung in Kanada.

Kay Marie Losey, Ph. D., geb. 1958; Professorin für Anglistik und Assistant Director des Writing Programs an der Universität von North Carolina in Chapel Hill.

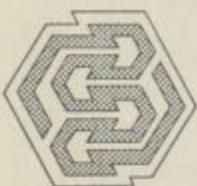
Veröffentlichungen zu Soziolinguistik, Zweisprachigkeit und Sprachförderung von ethnischen Minderheiten in den USA.

Cora Stephan, Dr. phil., geb. 1951; lebt als Publizistin in Frankfurt am Main und arbeitet derzeit an einem Forschungsprojekt zum Thema „Krieg und Gesellschaft“.

Buchveröffentlichungen u. a. zur Geschichte der Sozialdemokratie und zur politischen Kultur der Bundesrepublik, darunter zuletzt: Der Betroffenheitskult. Eine Politische Sittengeschichte, Berlin 1993; Neue Deutsche Etikette, Berlin 1995.

Sven Papcke, Dr. rer. soc., geb. 1939; Professor für Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Veröffentlichungen u. a.: Gesellschaftsdiagnosen. Klassische Texte der deutschen Soziologie im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main–New York 1991; Deutsche Soziologie im Exil. Gegenwartsdiagnosen und Epochenkritik, Frankfurt am Main–New York 1993; Humanistische Soziologie in Deutschland und ihre Widersacher, Münster–Hamburg [1995].



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Schlagwort oder Kampfbegriff? Zur „Political Correctness“-Debatte in den USA

I. Einführung: Viel Lärm um Nichts?

Medienberichte über die USA benutzen neuerdings häufiger das Schlagwort der „Politischen Korrektheit“ oder „Political Correctness“ (PC), um in Anlehnung an Orwells „1984“ die Vorstellung heraufzubeschwören, eine selbsternannte Tugendpolizei wolle neuerdings in den USA „kein falsches Wort zwischen den Rassen und den Geschlechtern mehr dulden“¹. Sind die Vereinigten Staaten auf dem Weg in einen neuen Totalitarismus, der ihre klassischen Traditionen von Individualismus, Selbstbestimmung und liberalen Freiheitsrechten in Frage stellt? Und ist, wie es „Der SPIEGEL“ 1994 formulierte, „Amerikas jüngster Versuch, die Welt zu verbessern... bestenfalls ein Beitrag zum Dumbbau von Babel“²?

Nimmt man die Häufigkeit zum Maßstab, mit dem der Begriff „PC“ in privaten Unterhaltungen, akademischen Vorträgen, populären Fernsehshows oder politischen Karikaturen auftaucht, dann scheint diese Vermutung zutreffend. Tatsächlich ist „PC“ einer der am inflationärsten verwendeten Begriffe in den amerikanischen Medien und in der öffentlichen Debatte. Liberale, Linke, Feministinnen, Vertreter von Minderheiten und Befürworter von Multikulturalismus beklagen sich bitter über den zumeist abschätzigen Gebrauch des Begriffs, der, wie sie behaupten, ihre Bemühungen um eine Öffnung der amerikanischen Gesellschaft, das Hinterfragen von überkommenen Tabus, Vorstellungen und Stereotypen karikiert und verfälscht.

Eine ungekürzte englische und von diesem Beitrag etwas abweichende Fassung erschien in: Internationale Politik und Gesellschaft – International Politics and Society, 1 (1995), S. 46–58, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Für die deutsche Übersetzung und Überarbeitung zeichnet verantwortlich Hermann Kurthen.

1 Klaus Harpprecht, Die Torheit der Gesinnungswächter, in: Die Zeit vom 27. 1. 1995, S. 50.

2 Der Spiegel, Nr. 28 vom 11. Juni 1994, S. 160.

II. Hintergrund

Um den Stellenwert der „PC“-Debatte besser begreifen zu können, ist es nützlich, zunächst einen Blick auf Entwicklungen der amerikanischen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten zu werfen. Einstmals ein Mikrokosmos europäischer Einwanderer, werden die Vereinigten Staaten zunehmend zu einem Spiegelbild der Welt, zu einer „Nation von Nationen“. Naturgemäß steht daher die Frage im Zentrum, wie man mit zunehmender ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt umgehen soll, wie man früher vernachlässigte oder benachteiligte Gruppen behandelt und nach welchen Kriterien man knappe Ressourcen zwischen Minderheiten und Mehrheit verteilt³. Die Auseinandersetzung um die Gleichstellungsgesetzgebung („Affirmative Action“), Multikulturalismus und das „klassische“ westliche Erbe, Fragen nach dem gegenseitigen Umgang der Geschlechter, Ethnien und Kulturen sind Gebiete, auf denen nach neuen Antworten gesucht wird.

Die meisten Beobachter bestätigen, daß die Ursprünge der Debatte zurückgehen auf die von der Bürgerrechts-, Anti-Diskriminierungs- und Antikriegsbewegung in den sechziger Jahren propagierten Ideale eines liberalen Humanismus und ihre Suche nach einer moralisch legitimierten Politik, die in der „Bevorzugung der Anliegen der Unterdrückten“⁴ ihren Ausdruck fand. Diesen Protestbewegungen folgten in den siebziger Jahren die Frauen- und in den achtziger Jahren die Homosexuellenbewegung. Ohne Zweifel beeinflussten diese Bewegungen, von den Rändern ausgehend, schließlich auch die Einstellungen und das Verhalten der Mehrheit und erhöhten die Sensibilität gegenüber Vorurteilen und Diskriminierung. Der Umbruch wurde begünstigt durch verschiedene Umstände, etwa Veränderungen in der Bevölke-

3 Vgl. Elizabeth Fox-Genovese, The Self-Interest of Multiculturalism, in: Tikkun, 6 (1991) 4, S. 48.

4 Harry C. Boyte, The Politics of Innocence, in: Patricia Aufderheide (Hrsg.), Beyond PC, Saint Paul, UN 1992, S. 179.

rungsstruktur, wie die verstärkte Einwanderung aus nichteuropäischen Ländern und überdurchschnittliche Geburtenraten unter einigen Minderheitengruppen. Schätzungen gehen heute davon aus, daß im Jahre 2010 38 Prozent aller Amerikaner unter 18 Jahren Minderheitenangehörige sein werden⁵.

„Affirmative Action“ und andere Fördermaßnahmen, die der Bürgerrechtsbewegung folgten, haben den Minderheitenanteil, insbesondere den der Schwarzsamerikaner, in Beruf und Ausbildung deutlich ansteigen lassen und ein sich vergrößerndes intellektuelles Potential geschaffen⁶. Reformen im Berufsleben und im Erziehungswesen, eine Neubewertung von Geschlechterrollen und eine starke Arbeitskräftenachfrage in Vollbeschäftigungszeiten haben auch die Situation der Amerikanerinnen erheblich verbessert. Mit anderen Worten, der Rückgang des Einflusses der angelsächsischen männlichen „mainstream“-Kultur hat tiefer liegende Ursachen, die im Wandel der amerikanischen Gesellschaft zu suchen sind. Es stellen sich daher neue Fragen: Was bedeutet es heute, „Amerikaner“ zu sein? Auf welches Erbe sollen sich zukünftige Generationen berufen? Ist eine auf westliche Wertmaßstäbe verpflichtete Gesellschaft hinreichend in der Lage, die neuen kulturellen und ethnischen Herausforderungen zu meistern? Wie müßte eine Reform der Gesellschaft aussehen? Linke und Rechte, Liberale und Konservative geben auf diese Fragen unterschiedliche Antworten.

Seit den späten achtziger Jahren sind in zunehmender Zahl Bücher konservativer Kulturkritiker erschienen⁷, die den Niedergang der Erziehung und althergebrachter Wertmaßstäbe, ungezügelter Kriminalität und Drogensucht, Versagen der Politiker und der Verantwortlichen usw. beklagen. Sie beschwören damit auch Ressentiments und Ängste der weißen Mittelklasse, hervorgerufen durch raschen politischen, sozialen, demographischen und wirtschaftlich-technischen Wandel im Innern und Äußeren. Der Wegfall eines kommunistischen Feindbildes nach dem Ende des Kalten Krieges hat den nach innen gerichteten Blick noch verstärkt und vermutlich auch die Wahl eines stärker isolationistisch ausgerichteten Präsidenten begünstigt.

5 Joe Schwartz/Thomas Exter, *All our children*, in: John A. Kromkowski (Hrsg.), *Race and Ethnic Relations*, Annual Editions 1992/93, Guilford, Connecticut 1992, S. 99.

6 Vgl. Howard Gleckmann u. a., *Race in the Workplace: Is Affirmative Action working?*, in: J. A. Kromkowski (Hrsg.) (Anm. 5), S. 152–155.

7 Vgl. Allan Bloom, *The Closing of the American Mind*, New York 1987; Dinesh D'Souza, *Illiberal Education. The Politics of Race and Sex on Campus*, New York 1991.

Einige Beobachter sehen im gegenwärtigen Pessimismus und Selbstzweifel den Ausdruck einer „tiefen Krise im amerikanischen kulturellen Selbstverständnis“, Symptome einer Veränderung dessen, was einmal als „typisch amerikanisch“⁸ galt.

Es ist wohl kein Zufall, daß die Rechte, nachdem die Zuversicht der Reagan-Jahre der Skepsis gewichen und der kurzlebige Patriotismus des Golfkriegs verblaßt ist, versucht, den „amerikanischen Traum“ wiederaufleben zu lassen und verlorengegangenes politisches und ideologisches Terrain zurückzuerobern.

Könnte die heftige Reaktion auf „PC“ dazu dienen, den Verlust von Selbstsicherheit und das Nachlassen äußerer Bedrohung zu ersetzen, um die Nation wieder auf ein Feindbild einzustimmen? Einige Beobachter verweisen in diese Richtung. So bemerkt Robert Hughes spöttisch: „Die Rechte braucht eine Linke: Was würde ohne eine fortgesetzte Bedrohung der westlichen Kultur aus ihren Verteidigern? ... Die gegenwärtig beliebtesten und nützlichsten Barbaren sind die Multikulturalisten.“⁹

III. Definitionen und Gebrauch des Begriffs „PC“

Nach R. Perry wurde der Begriff „PC“ ursprünglich in der stalinistischen und maoistischen Literatur zur Bezeichnung nicht-linientreuen Verhaltens verwendet¹⁰. Er tauchte dann wieder in der libertär radikalen Gegenkultur der sechziger Jahre auf und wurde von Linken, Schwarzen und Feministinnen übernommen zur spöttisch-selbstkritischen Charakterisierung eigenen Verhaltens, das selbstgewählten anti-konventionellen Normen widersprach. Diese anti-dogmatische, zweideutig-ironische Verwendung fehlt dem gegenwärtigen Gebrauch des Begriffs durch Konservative und Massenmedien völlig. Vielmehr dient der Begriff dazu, Verachtung auszudrücken für die Anschauungen und Zielsetzungen der amerikanischen Linken und Liberalen, von Multikulturalisten, Frauen und Minderheiten. Wie Isserman treffend charak-

8 Todd Gitlin, *On the Virtues of a Loose Canon*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 185 f.

9 Robert Hughes, *The Culture of Complaint*, New York 1993, S. 80. Siehe auch die deutsche Ausgabe: *Nachrichten aus dem Jammertal*, München 1994.

10 Vgl. R. Perry, *A Short History of the Term Politically Correct*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 3), S. 73.

terisiert, wurde mit dem Thema politischer Korrektheit „von den Rechten ironischerweise ein linker Kalauer aufgegriffen, um die Linke zu prügeln...“¹¹.

Der gegenwärtige Gebrauch des Begriffs „PC“ und die durch ihn geweckten Leidenschaften widerspiegeln also mehr als nur einen Streit um die richtigen Worte („War of Words“). Es verbergen sich dahinter gegensätzliche Weltanschauungen, moralische Maßstäbe, politische Absichten und Gruppenideologien. Denjenigen, die mit „PC“ identifiziert werden, geht es letztlich darum, soziale, geschlechtsspezifische und rassistische Ungleichheit, Intoleranz, Diskriminierung und Vorurteile zu überwinden¹² und die gleichsam selbstverständliche Dominanz der angelsächsischen männlichen „mainstream“-Kultur und ihrer Träger im öffentlichen Leben in Frage zu stellen. In diesem Zusammenhang verkörpert Multikulturalismus auch die Anerkennung und Wertschätzung kultureller Verschiedenartigkeit, spezifischer Lebensstile und ethnischen Selbstbewußtseins als Teil der pluralen Identität Amerikas.

Für Neokonservative, Traditionalisten und konservative Liberale dagegen ist „PC“, wie ein liberaler Kritiker sich ausdrückt, „eine Art Weihnachtsbaum, an den die Rechte all das anhängt, was ihr nicht in den Kram paßt, etwa im Bereich der Universitätserziehung: die Gleichstellungsgesetzgebung, Zulassungsquoten für Minderheiten, Veränderungen im Lehrplan usw.“¹³.

In der öffentlichen Diskussion wird inzwischen „PC“ oder was dafür gehalten wird, wie von der Rechten, ebenfalls ablehnend und geringschätzig beurteilt. Taylor schreibt etwa in dem populären „New Yorker“, die Befürworter von „PC“ „seien sich einig in der (absurden) Überzeugung, die westliche Kultur und die amerikanische Gesellschaft seien hoffnungslos und von Grund auf rassistisch, sexistisch und repressiv“¹⁴. Mit anderen Worten, „PC“ wird gleichgesetzt mit Indoktrination, Kontrolle sowie Zwang und ist zu einem emotional aufgeladenen konservativen Kampfbegriff geworden zur Verleumdung linker und liberaler politischer, sozialer und kultureller Reformbemühungen und Absichten, die in den sechziger Jahren ihren Ausgang nahmen.

11 M. Isserman, *Travels with Dinesh*, in: *Tikkun*, 6 (1991) 5, S. 82.

12 Vgl. I. M. Choi/I. W. Murphy, *The Politics and Philosophy of Political Correctness*, Westport, CT 1992, S. 2.

13 Lee A. Daniels, *Diversity, Correctness and Campus Life*, in: *Change* vom September/Okttober 1991, S. 18.

14 I. Taylor, *Are You Politically Correct?*, in: *New Yorker* vom 21. 1. 1991, S. 33.

IV. Streitpunkte

Unter dem Stichwort „PC“ wird eine Vielzahl von Themen abgehandelt. Am kontroversesten ist die Frage nach dem intellektuellen Nährboden von Kulturkritik und Multikulturalismus; die Frage nach Lehrplaninhalten an Schulen und Hochschulen; die angebliche Bedrohung der freien Meinungsäußerung durch Forderungen nach einer „neuen Sensibilität“ und die Frage der Herstellung angemessener Beteiligungen von Minderheiten in Beruf, Studium und im öffentlichen Leben.

1. Kritische Theorie?

Ein Ursprung der „PC“ Debatte reicht zurück auf die literaturkritische „Entdeckung“ vormals vergessener oder an den Rand gedrängter Minderheiten und die akademische Rezeption kritischer und postmoderner Theorien, insbesondere in den Geisteswissenschaften und einigen Fachbereichen für Anglistik. Konservative Kulturkritiker wie Robert Kimball, Allan Bloom, und Dinesh D'Souza haben die Beschäftigung mit Theorien, die vom Dekonstruktionismus und Poststrukturalismus bis hin zur „Frankfurter Schule“ und neomarxistischen Lehrgebäuden reichen, abfällig kommentiert, was dann von einflußreichen Kolumnisten kolportiert und auf den schlichten Nenner „intellektuellen Ramsches“¹⁵ gebracht wurde. Einige Kritiker sprechen sogar von einer angeblich antiwestlichen und anti-kapitalistischen, unamerikanischen und irrationalen „deutschen Connection“, als deren geistige Ziehväter Karl Marx, Sigmund Freud, Friedrich Nietzsche und Martin Heidegger ausgemacht werden.

Aber nicht alle Beobachter teilen solche Pauschalurteile und das Feindbild gefährlicher und mächtiger intellektueller Drahtzieher. George Douglas¹⁶ und Seymour M. Lipset¹⁷ sind der Ansicht, in Wirklichkeit seien die „beamteten Radikalen“ gesellschaftlich isoliert und bemäntelten ihre politische Machtlosigkeit mit Verbalattacken auf amerikanische Grundwerte. Unterstützer von Multikulturalismus wie Barbara Epstein, Michael

15 John Leo, *Customized History Turns Fiction Into Fact*, in: *Barham Merald Sun* vom 23. 2. 1994, S. A 8.

16 Vgl. George H. Douglas, *Education without Impact*, New York 1992.

17 Vgl. Seymour M. Lipset, *The Sources of Political Correctness on American Campuses*, in: Howard Dickman (Hrsg.), *The Imperiled Academy*, New Brunswick-London 1993, S. 71-96.

Berube oder John Searle¹⁸ teilen letztere Einschätzung einer politisch zersplitterten, macht- und führungslosen akademischen Bewegung. Nach Barbara Ehrenreich ist das Gerede vom drohenden „Faschismus der Linken“ ein Popanz¹⁹. „Es gibt wenig Anzeichen, daß es eine Linke überhaupt noch gibt.“²⁰ Liberale und Linke wenden sich auch gegen die Unterstellung, die akademischen Fürsprecher der Berücksichtigung von Rechten, Sichtweisen und kulturellen Traditionen von Minderheiten und Frauen seien radikale Sektierer. Vielmehr, so wird argumentiert, handele es sich um intellektuelle Vorkämpfer von Bewegungen, die sich gegen Anpassungsdruck, alte Denkgewohnheiten und überholte Verhaltensweisen zur Wehr setzten. Der Versuch, sich der eigenen Identität durch kritische Reflexion des theoretischen, literarischen und kulturellen Erbes zu vergewissern, oder die Beteiligung an internationalen intellektuellen Diskursen sei das genaue Gegenteil einer Abkapselung, wie es Allan Blooms Buchtitel „The Closing of the American Mind“ suggeriere. Die Tatsache, daß Teile der gebildeten amerikanischen Öffentlichkeit diese neuen, teilweise auch beunruhigenden Ideen aufgriffen, beweise, daß es sich nicht um ein „Beschäftigungsprogramm für beamtete Radikale“²¹, eine kurzlebige intellektuelle Mode oder importierte „unamerikanische“ Anschauungen handele. Es handele sich vielmehr um das Bedürfnis, eine sich verändernde Welt besser zu begreifen und zu bewältigen.

Die Tatsache, daß schwerverständliche philosophische Traktate und esoterische literarische Diskussionen über akademische Zirkel hinaus – in einer angeblich durch und durch materialistischen Konsumgesellschaft – einen derartigen öffentlichen Aufruhr erzeugt haben, mag in der Tat andeuten, daß ein Bedarf besteht nach Überwindung althergebrachter Erklärungsmuster und nach einem neuen amerikanischen Selbstverständnis. Aber der Verdacht konservativer Kritiker ist wohl auch richtig, daß dieses vitale Interesse an neuen geistigen und politischen Orientierungsmaßstäben und

18 Vgl. Barbara Epstein, *Political Correctness and Identity Politics*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 148–154; Michael Berube, *Public Image Limited: Political Correctness and the Media's Big Lie*, in: Paul Berman (Hrsg.), *Debating P. C.*, New York 1992, S. 1–28; John Searle, *The Storm over the University*, in: P. Berman, ebd., S. 85–123.

19 Vgl. Barbara Ehrenreich, *The Challenge for the Left*, in: P. Berman, ebd. S. 11–22.

20 Rosa Ehrenreich, *What Campus Radicals?*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 135.

21 Robert Kimball, *Tenured Radicals. How Politics has Corrupted our Higher Education*, New York 1990; vgl. auch George F. Will, *Radical English* in: P. Berman (Hrsg.) (Anm. 18), S. 258–261.

Erklärungsweisen gesellschaftlicher Wirklichkeit einen nachlassenden Glauben an die Überlegenheit und Vorherrschaft angelsächsischer Traditionen, althergebrachter Moralvorstellungen, von Geschlechterrollen und der Beziehungen zwischen Minderheiten und Mehrheit ausdrückt, der bis hin zu einer Kritik vorherrschender Architektur Alltagsästhetik und Kunst reicht, kurzum, eine Krise des überlieferten „American way of life“ signalisiert.

2. Multikulturalismus

Der Begriff „Multikulturalismus“ bezeichnet Bemühungen, die Interessen, Rechte, Sichtweisen und kulturellen Traditionen bislang diskriminierter oder ausgeschlossener Minderheiten, einschließlich der Frauen, angemessener in einer angelsächsisch und von Männern geprägten Mehrheitskultur zu berücksichtigen. Ursprünglich diente Multikulturalismus dazu, öffentliches Bewußtsein und Sensibilität zu erzeugen für Anliegen von Minderheiten und Frauen. An manchen Universitäten wurde es zur Pflicht gemacht, Veranstaltungen über ethnische Studien zu besuchen. Universitätsangehörige wurden mit Fragen ‚interkultureller Kommunikation‘ vertraut gemacht und Betroffene rassistischer oder antifeministischer Gewalt ermutigt, ihre Interessen mit größerem Selbstbewußtsein auszudrücken. Auch wurde der Erwerb von Kenntnissen über das vormals unterdrückte, verschwiegene oder vernachlässigte Kulturerbe (Musik, Literatur, Kunst, Religiosität, Naturgefühl, Geschichte, Mythen usw.) gefördert. Diese Bemühungen fanden auch bald außerhalb der Universitäten breiten Anklang.

Besonders die akademische Linke griff in den siebziger und achtziger Jahren begeistert die Idee des Multikulturalismus als Ersatz für ihren verlorengegangenen Glauben in die Veränderbarkeit des Kapitalismus auf. Robert Hughes bemerkt dazu: „Die akademische Linke ist jetzt mehr an Fragen die Hautfarbe und das Geschlecht betreffend interessiert als an Klassenfragen. Aber sie ist lediglich daran interessiert, über diese ... Fragen abstrakt zu theoretisieren ...“²² Doch dabei blieb es nicht. Was in den späten sechziger Jahren als Protestkultur begann, endete in vielerlei multikulturellen Initiativen. Wie Meinungsumfragen und Untersuchungen belegen, gelang es der Gegenkultur mit gewissem Erfolg, Rassismus, Diskriminierung, Intoleranz und Vorurteile in der amerikanischen Gesellschaft zurückzudrängen. Was noch vor Jahrzehnten verpönt war, gilt heute als selbstverständ-

22 R. Hughes (Anm. 9), S. 76.

lich. An Bildungseinrichtungen schossen etwa neue Kurse und Studienrichtungen aus dem Boden: Afro-amerikanische Studien, Latino-Kurse, Lehrveranstaltungen über Dritte-Welt-Probleme, über Frauen, Lesben und Homosexuelle.

Wie zu erwarten, nutzten an den Rändern dieser neuen sozialen Bewegung Dogmatiker und Radikale Multikulturalismus und „PC“ als Vorwand und Plattform, um sektiererische Partikularinteressen und einen Kulturrelativismus zu propagieren. Sie vertraten Forderungen, die den Vorstellungen gemäßiger Linker und Liberaler, Multikulturalisten und Feministinnen zuwiderliefen. Ihre radikale Phraseologie und grotesken Blüten wurden von konservativen Gegnern ebenso wie von den auf Sensationslust ausgerichteten Medien für einen „Backlash“ ausgenutzt²³. In der Folge wurden Befürworter eines neuen Pluralismus oder Multikulturalismus pauschal mit Separatismus und Sektierertum gleichgesetzt²⁴. Konservative wie Norman Podhoretz und liberale Traditionalisten wie Arthur M. Schlesinger kritisieren, Multikulturalismus führe zu Separatismus und Ethnozentrismus. Sie beschwören das dramatische Bild einer „Balkanisierung“ der amerikanischen Gesellschaft und die Gefahr ethnisch-rassistischer Bürgerkriege, falls dem permissiven Liberalismus nicht baldigst Einhalt geboten werde²⁵. Ohne Verpflichtung auf einen gemeinsamen westlichen Wertekonsens würde die „multi-rassische“ amerikanische Gesellschaft zerfallen. Wie sonst, so fragen sie, können in der Zukunft Einwanderer integriert werden, wenn nicht auf der Basis gemeinsamer Wertmaßstäbe? Nach Allan Bloom kann es sich eine Gesellschaft nicht erlauben, ihre eigenen Außenseiter zu erzeugen. Vielmehr sei es ihre Pflicht, Einwanderer zu Amerikanern einzuschmelzen²⁶. Doch Bloom gibt keine Antwort auf die Frage, ob eine sich hinter eng gefaßten westlichen Werten verschanzende Nation hinreichend in der Lage ist, wachsende kulturelle und ethnische Vielfalt zu bewältigen und einen „Kulturkampf“ zu vermeiden.

3. Kampf um das „klassische“ Erbe

Die Auseinandersetzung um Curricula, Lehrbücher und Unterrichtsformen in Schule und Hochschule ist Ausdruck dieser Suche nach einem

neuen amerikanischen Konsens. Neokonservative wie liberale Traditionalisten werfen den Multikulturalisten vor, sie wollten den „klassischen“ Lehrplan durch einen den gemeinsamen westlichen Wertvorstellungen und Traditionen nicht mehr verpflichteten separatistischen und ethnozentrischen, daher „unamerikanischen“ Kanon ersetzen. „In seiner extremen Ausprägung führt dies zu einem Wertneutralismus, in dem alle Kulturen, unabhängig von ihrer tatsächlichen Bedeutung oder Dürftigkeit, auf eine Stufe gestellt werden.“²⁷ Abfällige Bemerkungen über den angeblichen „Eurozentrismus“ des klassisch-humanistischen Erbes und seine Charakterisierung als das Werk „überlebter weißer Patriarchen“ (DWM – dead white males) hat besonders heftige Gegenreaktionen hervorgerufen, obwohl insbesondere der DWM-Vorwurf selten als ernsthaftes Argument vorgebracht wird²⁸.

Kritiker „eurozentristischer Hegemonie“ des Kanons weisen den Vorwurf der Spaltung und Absonderung zurück. Erstens sei es ein Mythos, daß westliche und angelsächsische Wertvorstellungen schon immer von alien Gruppen in den USA unhinterfragt geteilt worden seien. Zweitens gehe es nicht darum, das westliche Erbe zu ersetzen oder abzuwerten, sondern anderen, nichtwestlichen Vorstellungen Gehör zu verschaffen und sie in den Kanon einfließen zu lassen. Ziel sei nicht die Erhöhung des Selbstbewußtseins von Minderheiten auf Kosten der Mehrheit oder eine Stärkung des Gruppenegoismus, sondern „die richtigen Informationen zu vermitteln. Wenn dann als eher nebensächliche Folge der Vermittlung von Wahrheit und Genauigkeit auch eine Einstellungsänderung von weißen und schwarzen Studenten bewirkt werden würde“²⁹, sei dies begrüßenswert. Die Einheit der amerikanischen Gesellschaft werde dadurch nicht in Frage gestellt, es gehe vielmehr um einen neuen kulturellen Pluralismus ohne traditionelle Hierarchien. Allerdings bleibt die Frage offen, wie ein derart „ausgewogener“ und allen Interessen und Ansprüchen „gerecht“ werdender Pluralismus der Kulturen hergestellt und bewahrt werden kann.

Neben dem Streit um das richtige „Erbe“ sind auch bestimmte Lehrinhalte und geisteswissenschaftliche Theorien Zielscheibe konservativer Bean-

23 Vgl. Susan Faladi, *Backlash. The Undeclared War Against American Woman*, New York 1991.

24 Vgl. M. Elfin/S. Burke, *Race on Campus*, in: *U.S. News and World Report* vom 19. 4. 1993, S. 52–56.

25 Vgl. Dinesh D'Souza, *The Visigoths in Tweed*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 21.

26 Vgl. A. Bloom (Anm. 7).

27 William A. Henry, III, *Beyond the Melting Pot*, in: *Time Magazine* vom 9. 4. 1990, S. 28–31.

28 Vgl. Christine Stansell, *Liberated Loutishness*, in: *Tikkun*, 6 (1991) 4, S. 54.

29 Molefi Kete Asante, *Multiculturalism: An Exchange*, in: P. Berman (Hrsg.) (Anm. 18), S. 307.

standung geworden. Postmodernen und poststrukturalistischen Theorien wird etwa vorgeworfen, sie relativierten unzulässigerweise Begriffe wie „Wahrheit“ und „Objektivität“, indem sie deren historische Bedingtheit und gesellschaftliche Prägung betonten. Sie hätten keinen erzieherischen Wert, da sie einseitig seien und zur Verbreitung von Nihilismus, Zynismus, oberflächlichem Intellektualismus und zu einer unangemessenen Politisierung des Erziehungswesens führten³⁰. Befürworter einer Reform und Öffnung des Erziehungswesens weisen derartige Vorwürfe als Irrtum zurück: „Ein Lehrplan ist kein Bollwerk, sondern ein durchlässiger Körper.“³¹

Auf Pauschalurteile reagieren die Angegriffenen durchweg defensiv oder zahlen mit ähnlicher Münze zurück. Die Vereinigung der „Lehrer für eine demokratische Kultur“ wirft Politikern, Massenmedien und einflußreichen konservativen Interessengruppen wie der „Nationalen Dozentenvereinigung“ (NAS) vor, sie würden die Öffentlichkeit bewußt irreführen, kritische Erzieher einschüchtern oder abweichende Meinungen unterdrücken, wodurch „Vernunft, Wahrheit und ästhetische Maßstäbe ordinären tagespolitischen Interessen geopfert würden... Die gegenwärtige Debatte wird... nicht als eine legitime Auseinandersetzung dargestellt, in der man auf vernünftige Art und Weise um unterschiedliche Ansichten ringen kann, sondern sie wird als einfache Wahl zwischen Zivilisation und Barbarei hingestellt.“³²

Warum erzeugen universitäre Einführungskurse über Konfuzius, Frantz Fanon, Malcolm X oder die Lektüre von Texten der Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú eine derartige Hysterie? Könnte es damit zusammenhängen, daß befürchtet wird, die unkritische Verherrlichung abendländischer Zivilisation und ihrer Überlegenheit werde dadurch in Frage gestellt? Wäre es denkbar, daß das Wissen um den abendländischen Anteil an Sklaverei, gewaltsamer Unterdrückung, wirtschaftlicher Ausbeutung, Rassismus und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden das Selbstverständnis von Amerikanern europäischer Herkunft läutert? Könnte die Einbeziehung der Sichtweisen anderer, früher unterdrückter Kulturen eine ehrlichere und realistischere Bewertung der eigenen Geschichte ermöglichen³³?

30 Vgl. George F. Will, *Radical English*, in: P. Berman (Anm. 18), S. 259.

31 R. Hughes (Anm. 9), S. 109.

32 *Teachers for a Democratic Culture, Statement of Principles*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 67f.

33 Vgl. W. A. Henry, III (Anm. 27).

4. Freie Meinungsäußerung oder Zensur?

„Politisch korrekte“ Sprach- und Verhaltensmaßregeln, von Befürwortern als Ausdruck einer Bewußtseinsweiterung, von Toleranz und einer neuen Sensibilität gepriesen, werden von Gegnern als Einschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, als Zensur und Tugendwächerei („Dictatorship of Virtue“³⁴) kritisiert. Es stelle sich die Frage, ob „die Rechte derjenigen, die sich durch unsensible Redewendungen beeinträchtigt fühlen, höher zu bewerten sind als das Recht auf freie Meinungsäußerung“³⁵.

Der Versuch, verletzende, irreführende oder dem gegenwärtigen Wissensstand nicht mehr entsprechende Sprechformeln durch zeitgemäßere und objektivere Begriffe zu ersetzen, führt oft zu einer schnellebigen Abnutzung von Begriffen, wie das Beispiel der „korrekten“ Bezeichnung von Schwarzamerikanern zeigt. Bezeichneten sich die letzteren in der Vergangenheit selbst stolz als „Neger“ (negro), wird dieser Ausdruck jetzt als beinahe ebenso anstößig angesehen wie das Wort „Nigger“ oder „Farbiger“ (colored). In den späten sechziger Jahren wurde das Wort „Afroamerikaner“ modisch, dann aber in den siebziger Jahren ersetzt durch „Schwarze“ (Blacks). Dieser Begriff ist immer noch üblich in einigen Gegenden des amerikanischen Südens, ansonsten ist jetzt aber der Begriff „Amerikaner afrikanischer Abstammung“ (African American) en vogue. In ähnlicher Weise wurden Wörter mit der Endung „man“ (-mann) von Feministinnen als sexistisch kritisiert und durch weiblichere Wortschöpfungen ersetzt.

Die Wünschbarkeit, Angemessenheit und Berechtigung von Verhaltensvorschriften gegenüber Frauen und Minderheiten sind ein anderes Feld, auf dem „politische Korrektheit“ zu einer Polarisierung der Gemüter geführt hat. Konservative Kritiker beanstanden das Fehlen objektiver Maßstäbe zur Feststellung von derlei Normverletzungen. Es seien im Endeffekt die „als Opfer bezeichneten Gruppen selbst, die sich als Tugendwächter aufspielen gegen alles, was ihrer Ansicht nach kränkend sein könnte“³⁶. Verteidiger von Verhaltensregeln gegen sexuelle und rassistische

34 Richard Bernstein, *Dictatorship of Virtue. Multiculturalism and the Battle for America's Future*, New York 1994.

35 Miles Harveg, *Politically Correct is Politically Suspect*, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 143.

36 George F. Will, *Literary Politics*, in: P. Berman (Hrsg.) (Anm. 18), S. 260.

Belästigung und Beleidigung („harrassment codes“) dagegen behaupten, man könne eingefahrenes Verhalten und die Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen nur dadurch unterbinden, daß man potentiellen Opfern rechtliche Instrumente an die Hand gebe und korrektes Verhalten vorschreibe.

Die Flut von Anschuldigungen wegen angeblich rassistischer oder sexueller, verbaler oder körperlicher Belästigung und Beleidigung nach Einführung derartiger Verhaltensvorschriften an vielen Schulen und Hochschulen gibt scheinbar den Befürwortern recht, die einen Handlungsbedarf sehen. Es gibt aber auch Hinweise, daß derlei sprachhygienische Kunstgriffe und enggefaßte Vorschriften zu vielerlei Verdächtigungen, Verleumdungen und Mißbrauch einladen.

Neopuritanische Auswüchse „politischer Korrektheit“ wurden, wie zu erwarten, von Gegnern heftig kritisiert und Vergleiche gezogen mit der „Hitlerjugend oder Mao Tse-tungs Roten Garden“³⁷ und einer Hexenjagd à la „McCarthy“³⁸. Andere Kritiker sprechen von einer „Kultur des Klagens“³⁹ oder von einer „Opfermanie“ („victimology“), d.h. einem Wettbewerb um die Selbststilisierung in fragwürdigen Opferrollen und Forderungen nach finanzieller Wiedergutmachung. An die Stelle des optimistischen und tatkräftigen individualistischen „Pioniers“ der Frühzeit sei der manipulierende, klageversessene und humorlose Buchhalter getreten, der aus seiner chronischen Empörung auch noch handfestes Kapital schlage⁴⁰.

Einige Beobachter sehen in verbalen Ausfällen, Übertreibungen und „politisch korrekter“ Reglementierungssucht Elemente eines in Amerika weit verbreiteten moralischen Heuchlertums gepaart mit fundamentalistischer Rechthaberei, einem „merkwürdigen Gemisch aus Individualismus und Konformismus“⁴¹, von dem weder Linke noch Rechte frei seien. Diese Diagnose mag zutreffen, doch noch interessanter ist die Frage, ob rigide Kontrolle individuellen Verhaltens und Sprachzensur eine Zukunft haben? Dafür gibt es wenig Anhaltspunkte. Zu vielfältig ist die Realität ethno- und subkultureller Vielfalt und die durch sie her-

vorgerufene „Werte-Pluralisierung“⁴². Und zu widersprüchlich sind die Rollenanforderungen in Politik, Privatleben und Beruf im Vergleich zu den im Erziehungswesen, den Massenmedien und in der Unterhaltungskultur propagierten Idolen⁴³. Amerika – wie andere moderne Gesellschaften – wird wohl noch einige Zeit mit der Spannung von Freiheit und Kontrolle, Zensur und Toleranz, Vielfalt und Uniformität leben müssen.

5. Umstrittene Gleichstellungsgesetzgebung

Ein weiteres, heiß umstrittenes Thema ist die Frage, ob und wie vor allem in der (Aus-)Bildung und im Beruf Unterschiede nach Hautfarbe und Geschlecht berücksichtigt werden sollen, um kollektive und individuelle Benachteiligungen und Diskriminierungen in der Vergangenheit und Gegenwart aufzuwiegen. Dazu gehört die Frage nach der Berechtigung und Fortsetzung der amerikanischen Gleichstellungsgesetzgebung („Affirmative Action“), die noch aus der Zeit der Bürgerrechtsbewegung in den sechziger Jahren stammt. Die bevorzugte Studienzulassung angeblich unqualifizierterer Frauen oder Schwarzsamerikaner ebenso wie Quotenregelungen bei Einstellungen haben den Vorwurf einer das Leistungsprinzip verletzenden „umgekehrten Benachteiligung“ („reverse discrimination“) weißer männlicher Bewerber provoziert⁴⁴. Andere kritisieren die Anti-Diskriminierungsgesetzgebung, weil sie äußerliche Merkmale wie Geschlecht und Hautfarbe als Kriterium benutzt anstelle sozialer Bedürftigkeit⁴⁵.

Ein Teil der öffentlichen Abneigung gegen Gleichstellungsmaßnahmen kann wohl erklärt werden mit enttäuschten Aufstiegserwartungen und einer Stagnation des Lebensstandards der amerikanischen Mittelklassen. Enttäuschungen und Ängste werden geschürt von Slogans einer „antiliberalen Erziehung“, einem „Verlust von Leistungsmaßstäben“, einer „Kultur der Gleichmacherei“, geprägt von konservativen Intellektuellen wie Glazer, Schlesinger, D'Souza, Kimball, Bloom, Lynne Cheney und anderen. Derlei Parolen werden dann von „patriotisch korrekten“ Kolumnisten, Talk-

37 Linda Brodkey/Shelli Fowler, What Happened to English 306?, in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 115.

38 Vgl. D. D'Souza (Anm. 25), S. 13. Senator McCarthy war ein berühmter amerikanischer Kommunistenjäger während der Zeit des Kalten Krieges in den fünfziger Jahren.

39 R. Hughes (Anm. 9).

40 Vgl. Amerika – eine Nation von Opfern?, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe vom 31. 12. 1993, S. 5.

41 Todd Gitlin, On the Virtues of a loose Canon, in: A. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 26f.

42 Hartmut Wasser, Die Rolle der Ideologie in den Vereinigten Staaten, in: ders. (Hrsg.), USA Grundwissen. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, Opladen 1993², S. 55.

43 Paula Bennett, Canons to the Right of Them..., in: P. Aufderheide (Hrsg.) (Anm. 4), S. 169.

44 Vgl. Nathan Glazer, Affirmative Discrimination: Ethnic Inequality and Public Policy, Cambridge 1987; Thomas Short, A New Racism on Campus?, in: Commentary, 88 (1986), S. 46–50.

45 Vgl. R. Hughes (Anm. 9), S. 63.

showmoderatoren oder Radiokommentatoren à la Rush Limbaugh popularisiert. Ein dauerhafter Konflikt ist vorprogrammiert. Wie die sich gegenwärtig abzeichnende Debatte im Vorfeld des Wahlkampfes im Jahre 1996 belegt, wird sich „mit dem Anstieg der Zahl von Minderheiten, die ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand einfordern, auch die sich dadurch bedroht führende weiße Mehrheit dagegen mehr und mehr zur Wehr setzen“⁴⁶.

6. Neuere Entwicklungen

Sowohl kritisches Nachdenken über Gruppenrechte, das Wesen von Multikulturalismus und individuelle Freiheitsrechte als auch der Druck des von den Medien in der Öffentlichkeit erzeugten Abscheus gegen alles, was nach „PC“ aussieht, haben gemäßigte Befürworter veranlaßt, sich mehr und mehr von „PC“ zu distanzieren. Es sei, so wird argumentiert, in der Tat widersinnig und grotesk, wenn eine Bewegung, die mit der Infragestellung von Tabus begann, am Ende selber neue aufrichte⁴⁷ oder wenn, nunmehr seitenverkehrt, die Rechte als Verteidiger von Meinungsfreiheit und Zivilität aufträte, während die Linke an Repressionsinstrumenten bastele.

Im Unterschied zu den Massenmedien, die weiterhin Übertreibungen ausschlachten, hat sich innerhalb der gebildeten Öffentlichkeit die Polarisierung zwischen Links und Rechts, Liberalen und gemäßigten Konservativen, Traditionalisten und Multikulturalisten etwas abgemildert. Man hört neuerdings mehr Stimmen, die Gemeinsamkeiten beschwören, wie etwa der Sammelband von Patricia Aufderheide und Gerald Graffs „Jenseits der Kulturkriege“ andeuten⁴⁸.

Auch von gemäßigten Anhängern von Multikulturalismus und „PC“ wird die extreme und militante Rhetorik von Segregationisten, Afrozentristen oder radikalen Feministinnen, obwohl verständlich als Reaktion auf die Erfahrung politischer Machtlosigkeit während der Reagan-Jahre, in zunehmendem Maße als engstirnig, intolerant und gruppenegoistisch zurückgewiesen⁴⁹. Radikale Übertreibungen werden als schädlich verworfen, da sie eine vernünftige Diskussion über Frauen-

oder Minderheitenrechte, freie Meinungsäußerung, Chancengleichheit und multikulturelle Ausdrucksmöglichkeiten verhindern. Radikale Phrasendrescherei, oft verknüpft mit übersteigertem, unverantwortlichem oder ungenauem Gebrauch von Etiketten wie „Rassismus“, „Sexismus“, „Antisemitismus“, „Nazismus“, „Holocaust“, „Homophobie“, „Belästigung“ oder „Vergewaltigung“ hat die Absonderung der Militanten von den Linken und Liberalen befördert. Die Verwendung von „Totschlagargumenten“ hat „zu so vielerlei Formen allgemeiner Verleumdung geführt, daß diese Begriffe jedwede Bedeutung verloren haben, die sie einmal hatten“⁵⁰. Ihr Gebrauch hat es in der Tat den Rechten leichter gemacht, Verbündete zu finden und eine breite Gegenbewegung aufzubauen.

Nach dem Selbstverständnis gemäßigter Multikulturalisten ist die Bewahrung von Vielfalt kein Selbstzweck, um sich in kulturellen Reservaten abzukapseln. Es gehe vielmehr darum, Minderheitenrechte anzuerkennen und ihren Mitgliedern Chancengleichheit zu geben, wodurch die amerikanische Nation bereichert und geeinigt würde, gemäß dem „E pluribus unum“-Ideal („Einheit in der Mannigfaltigkeit“) der amerikanischen Gründerväter. Damit wird an typisch amerikanische Individualismus-Vorstellungen angeknüpft, wonach der einzelne nach seiner einzigartigen Persönlichkeit und nicht nach seiner Gruppenzugehörigkeit, d. h. nach Geschlecht, Schicht, Hautfarbe oder sexueller Orientierung, beurteilt werden soll. Katie Roiphe, eine undogmatische Feministin, weist die pauschale Auffassung zurück, alle Frauen seien Opfer männlicher sexueller Angriffslust. Kommunikationsverbote und moralistische Reglementierung der Geschlechterbeziehungen setzten den Freiraum wieder aufs Spiel, den die Frauenbewegung mit großer Anstrengung erstritten habe⁵¹. Auch unter den Minderheiten regen sich abweichende Stimmen, die darauf verweisen, daß mangelndes Vorwärtskommen, Zerfall der Familie, Kriminalität und Drogensucht nicht nur Schuld der anderen seien. Shelby Steele fordert etwa, man solle sich abwenden von dem künstlichen Gegensatz von „schwarzen Opfern“ und „diskriminierenden Weißen“. Er fordert statt dessen eine Rückbesinnung auf eigene Stärken, Selbstverantwortung und Selbstbewußtsein⁵².

46 W. A. Henry, III (Anm. 27), S. 31.

47 Vgl. B. Epstein (Anm. 18), S. 148.

48 Vgl. P. Aufderheide (Anm. 3); Gerald Graff, *Beyond the Culture Wars: How Teaching the Conflicts can Revitalize American Education*, New York 1992.

49 Vgl. R. Hughes (Anm. 9), S. 130ff.; T. Gitlin (Anm. 8), S. 188.

50 R. Hughes (Anm. 9), S. 19.

51 Vgl. Katie Roiphe, *The Morning After: Sex, Fear and Feminism on Campus*, Boston 1993.

52 Vgl. Shelby Steele, *The Content of Our Character*, New York 1990.

M. Isserman warnt vor einem neokonservativen Rückschlag, wenn es nicht gelingt, Erscheinungen von Lähmung, Isolation, Engstirnigkeit und fehlendem Realitätssinn zu überwinden. Nur eine „breit angelegte, tolerante und demokratische Linke wird eine Chance haben, den (konservativen) Gegenangriff zu überleben. Eine Linke, die sich in Selbstgerechtigkeit wiegt und lediglich sinnbildlich Politik betreibt, wird mit großer Wahrscheinlichkeit eine Niederlage erleiden.“⁵³

V. Unbestrittene Grundlagen: „American creed“

Trotz der von Gegnern und Befürwortern, Linken und Rechten vorgebrachten Gegensätzlichkeiten der Argumente und Auslegungen sollte man nicht übersehen, daß, von einer kleinen Minderheit von Radikalen und Fundamentalisten abgesehen, die Diskussion auf allgemein akzeptierten Grundlagen stattfindet, obwohl extreme Positionen und Anekdoten benutzt werden, um die jeweilige Gegenseite zu verdächtigen oder lächerlich zu machen.

Keine Seite bestreitet rapiden wirtschaftlich-technologischen und sozialen Wandel, demographische Veränderungen und eine Zunahme der ethnischen und kulturellen Vielfalt, die eine Herausforderung für die nationale Einheit darstellen. Die Frage nach der gemeinsamen Klammer, nach politischen Prioritäten und den Verwirklichungsbedingungen von Demokratie und Multikulturalismus ebenso wie die Einschätzung des tatsächlichen Ausmaßes von Gleichheit und Gerechtigkeit, von Diskriminierung und Chancengleichheit ist jedoch umstritten. Es werden die verschiedensten Schlußfolgerungen gezogen, wie man am besten mit Wandel und Beharrung umgehen sollte.

Unumstritten ist zweitens das Festhalten an den Grundlagen der amerikanischen Demokratie und der verfassungsmäßig festgelegten Freiheitsrechte. Aber von unterschiedlichen Standpunkten her wird gefragt, in welcher Weise die bestehenden Freiheiten und Grundrechte tatsächlich realisiert sind und wie sie zu interpretieren und gegebenenfalls zu reformieren sind. Im Vergleich mit anderen politischen Staatsformen akzeptiert die übergroße Mehrheit der Diskutanten fraglos die angenommene Überlegenheit der amerikanischen Demokratie und stellt die Verfassung, die in ihr festgelegten Rechte und Pflichten, Grundsätze und

Verfahrensweisen, in keiner Weise in Frage. Ebenso werden der Glaube an die Überlegenheit von Humanismus, Rationalität und anderer westlicher, philosophischer Grundannahmen und Weltbilder, obwohl gelegentlich relativiert, kaum grundsätzlich in Frage gestellt⁵⁴.

Auch das marktwirtschaftliche System des herrschenden Liberal-Kapitalismus wird nicht angetastet, ausgenommen von einigen orthodoxen Neomarxisten, die kaum an der Diskussion teilnehmen, obwohl sie oft als Sündenböcke herhalten müssen. Es gibt jedoch unterschiedliche Auslegungen über die Notwendigkeit des Eingriffs nationaler Behörden, der Bundesstaaten und Gemeinden in den Marktmechanismus oder die Vor- und Nachteile sozialstaatlicher Unterstützung, wie die jüngsten Auseinandersetzungen um die Gesundheitsreform oder die öffentliche Wohlfahrt belegen.

Die Tatsache, daß die Diskussion über Multikulturalismus und „PC“ nicht im luftleeren Raum stattfindet, daß darin unterschiedliche Interessenlagen und Realitätsinterpretationen zum Ausdruck kommen, allerdings auf der Basis amerikanischer Grundwerte von Demokratie, Kapitalismus und nationaler Einheit, belegt, daß die Vereinigten Staaten sich keinesfalls am Rande der Spaltung oder einer Revolution befinden, wie von der Rechten manchmal in düstersten Farben beschworen. Allerdings bricht die Debatte mit dem Mythos des amerikanischen „Schmelztiegels“ und unhinterfragter Vorherrschaft angelsächsischer Werte und Traditionen. Auch haben Vorstellungen eines ungebrochenen „Fortschritts“, „ungebremsten Wachstums“ und der Überlegenheit des „amerikanischen Traums“ an Glanz und Überzeugungskraft verloren. Die „PC“-Debatte könnte die Amerikaner dazu bewegen, sich selbstkritischer wahrzunehmen und eigenen Unzulänglichkeiten, Widersprüchen und Gegensätzen mehr nachzuspüren.

VI. Zusammenfassung

In unserem Überblick über Ursprünge, Gebrauch und Themen, die mit dem Begriff „PC“ gleichgesetzt werden, kommen wir zu folgenden Schlußfolgerungen. Einerseits geht es um mehr als nur „korrekte“ Worte oder Verhaltensweisen. Es geht um unterschiedliche Auslegungen des Umgangs

53 M. Isserman (Anm. 11), S. 84.

54 Vgl. P. Berman (Anm. 18), S. 18.

mit ethnischer Vielfalt und den Beziehungen der Geschlechter, um Chancengleichheit ebenso wie um Wertvorstellungen, oder allgemeiner, um den Umgang mit kulturellem und sozialem Wandel und das Ringen um ein neues amerikanisches Selbstverständnis. Institutionalisierte Reformbemühungen wie „Affirmative Action“ oder die Etablierung von Verhaltensvorschriften ebenso wie die Bestrebungen um eine neue Sensibilität haben Emotionen befördert, Ängste geschürt und zu Polarisierungen geführt, da derlei Veränderungen überlieferte Werte, Strukturen, Rollen und den Zugang zu Ressourcen und Machtpositionen in Frage stellen.

Massenmedien, Konservative und selbst Teile des liberalen Establishments benutzen das Schlagwort „PC“ ihrerseits als Kampfbegriff, um ihnen mißliebige Entwicklungen und Reformbemühungen abzustempeln. Ihre Charakterisierungen reichen von einer „Unterwanderung wissenschaftlicher Leistungsstandards“ bis hin zu pessimistischen Darstellungen einer „Balkanisierung“. Obwohl neokonservative oder traditionalistische Rhetorik aus propagandistischen Gründen zu Überdramatisierungen neigt, steckt dahinter ein wahrer Kern. Ein Erfolg der neuen sozialen und kulturellen Bewegungen würde die Vorherrschaft der Rechten möglicherweise in Frage stellen. Gleichwohl stellt die Debatte weder die nationale Einheit noch das amerikanische Modell von Demokratie und Kapitalismus grundsätzlich in Frage. Von daher steht das Land nicht am Abgrund einer Revolution, obwohl die westliche Identität der USA im Gefolge zunehmender De-facto-Multikulturalisierung der Gesellschaft in der Tat neu definiert wird.

Es ist kein Zufall, daß die Diskussion über verschiedene Aspekte von „PC“ in den letzten Jahren so intensiv geführt wird. Darin drücken sich nationale und internationale Veränderungen aus: die wachsende Einwanderung nichteuropäischer Minderheiten, der versprochene, aber auf vielen Gebieten noch immer nicht voll realisierte Abbau von Diskriminierung und Vorurteilen gegen Minderheiten und Frauen, die Abneigung gegen Veränderungen des Status quo und ein mehr nach innen gerichteter Blick der amerikanischen Öffentlichkeit. Forderungen nach Anerkennung von Minderheitenperspektiven und gleichen Rechten entspricht auf internationalem Parkett der Rückgang des Einflusses der Vereinigten Staaten und der Aufstieg vormals ausgeschlossener Völker, Staaten und Konkurrenten in Asien, Afrika und Europa, die nach mehr Gleichberechtigung, Beteiligungsrechten und Selbstbestimmung drängen.

Weil die amerikanische Gesellschaft charakterisiert ist durch einen hohen Grad von sozialer Ungleichheit und einen ständigen kulturellen Wandel, d. h., da sich die Gesellschaft in einer fortwährenden Evolution befindet, besteht ein anhaltender Bedarf nach Einheit in der Vielfalt. Weder das starre Festhalten an „ewigen Wahrheiten“ westlichen klassischen Erbes, geschichtlichen Mythen oder der heilen Welt des „amerikanischen Traums“ noch die Etablierung lebensfremder Verhaltensvorschriften und künstlicher Sprachcodes oder keimfreier Gesinnungsethik in abgeschotteten kulturellen Reservaten ist mit der Realität vereinbar. Solche Vorstellungen werden wohl auch kaum bei der Mehrheit der Amerikaner Unterstützung finden.

Mit einiger Sicherheit kann man vorhersagen, daß die amerikanische Gesellschaft für einige Zeit damit konfrontiert sein wird, einen Ausgleich zu finden zwischen konservativem „mainstream“-Traditionalismus und den Herausforderungen der neuen Vielfalt, zwischen selbstgerechter Herausstellung der Überlegenheit der amerikanischen Ideologie („American creed“) und skeptischem Relativismus, zwischen den Konservierern des Status quo und den vorwärtsdrängenden Minderheiten- und Gegenkulturen.

Die Vereinigten Staaten werden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht Interessenunterschieden und Konflikten über Fragen nach Rechtmäßigkeit, Repräsentation und Verteilung aus dem Wege gehen können, die multikulturellen Gesellschaften eigentümlich sind. Die Frage ist, ob die politische Kultur des Landes, ob Politiker, Massenmedien, Erziehungsinstitutionen und Intellektuelle vorbereitet und in der Lage sind, diese Herausforderungen anzunehmen. Ist Amerika bereit, sich „voraussetzungslos auf die Suche nach neuen Einsichten zu begeben ... (in einer Zeit), in der Theorien, Glaubenssätze und Verankerungen veralten“⁵⁵?

Die Debatte über individuelle und kollektive Rechte und Freiheiten, Chancengleichheit, Multikulturalismus usw. widerspiegelt starke und schwache Seiten der amerikanischen Kultur und öffentlichen Diskussion. Einige Themen, wie die Verhaltens- und Sprachzensur, haben für viele Beobachter einen esoterischen Charakter und sind zu Recht ob ihres verkrampften Moralismus und ihrer Starrheit kritisiert worden. Andere Themen sind

55 Cornel West, *The New Cultural Politics of Difference*, in: Charles Lemert (Hrsg.), *Social Theory*, Boulder, Col. 1993, S. 332.

realitätsbezogener und pragmatischer, wie die Diskussion um Zulassungen und Einstellungspraktiken, die gesellschaftlichen Aufgaben von Lehre und Forschung, die Fragen nach der Funktion von „Wahrheit“, „Objektivität“ und freier Meinungsäußerung, die Rolle des „klassischen“ westlichen Erbes, die Suche nach gemeinsamen Traditionen und Wertmaßstäben, die Überwindung von Sexismus und Rassismus. Sie haben eine tiefere Bedeutung für das Funktionieren wichtiger gesellschaftlicher Einrichtungen und betreffen die moralischen Grundlagen einer Gesellschaft und der in ihr vorherrschenden Einstellungen.

Eine Kontroverse, die diese Themen zum Gegenstand hat, kann nicht als Ausdruck von Auflösung, Niedergang oder Entartung bewertet werden, sondern als Zeichen eines demokratischen Lernprozesses, zumal „in intellektuellen Angelegenheiten Krisen immer Zeichen von Lebenskraft sind“⁵⁶. Könnte es sein, daß die Vereinigten Staaten anderen westlichen Demokratien, die sich auf dem Weg hin zu multiethnischen und multikulturellen Gesellschaften befinden, das Bild der eigenen Zukunft zeigen?

56 P. Berman (Anm. 18), S. 26.

Political Correctness, Identität und Werterelativismus

I.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland, so scheint es manchmal, die Hoch-Zeit der Political Correctness (PC) längst hinter uns, sofern man unter PC die Übung versteht, gesellschaftlichen Minderheiten auf semantischer Ebene Anerkennung zu verschaffen: Der hiesige Feminismus z. B. hat überaus erfolgreich eine neue Sprachregelung durchgesetzt, wonach im alltäglichen Sprachgebrauch auch die weibliche Form „vorkommen“ muß. Die *Reeducation* der männlichen westdeutschen Bevölkerung ist geglückt: Die Männer der Öffentlichkeit verstehen es heute hervorragend, auch vor weitgehend frauenfreien Versammlungen ihr „Meine Damen und Herren“ zu intonieren. Es ist ja auch erheblich einfacher, den Frauen auf symbolischer Ebene Tribut zu zollen, als ihnen handfest Platz und Positionen einzuräumen.

Wer hier einwendet, die Aufladung des Genus, des grammatischen Geschlechts, mit Attributen des Männlichen und Weiblichen, die Sexualisierung der Sprache also, sei eine genuin romantische Erfindung und keineswegs jahrhundertalte patriarchalische Sprachpraxis – der im grammatischen Sinn männliche Genus habe also keineswegs immer schon Frauen ausgeschlossen –, verfehlt die Intention der feministischen Sprachkritik. Das wissenschaftliche Argument, es gehe um „Wiederherstellung“ der weiblichen Präsenz, um die Aufhebung ihrer Verdrängung aus dem Sprachraum, ist zweitrangig. Vor allem ist feministische Sprachkritik Teil einer Strategie der Anerkennung.

Der Kampf um die Semantik ist Kampf um Anerkennung – das gilt auch für andere gesellschaftliche Minderheiten, spielt indes als Strategie ethnischer Minderheiten im noch immer relativ homogenen Deutschland eine eher geringe Rolle. Viele Sprachregelungen beziehen sich auf die Vergangenheit: Die Nazi-Terminologie soll gemieden werden. Wer von den „Novemberpogromen“ redet statt von der „Reichskristallnacht“, will von der Sprachpraxis der Täter abrücken. Wer „Asylbewerber“ sagt statt „Asylanten“, möchte jeden Anklang an eine „Das-Boot-ist-voll“-Metaphorik

vermeiden. Es entspricht noch am ehesten der amerikanischen Praxis, wenn anstelle des diskriminierenden Kollektivbegriffs „Zigeuner“ heute, im übrigen auch nicht ausschließlich korrekt, „Sinti und Roma“ gesagt wird.

Es fiele nicht schwer, in solcherlei Bemühungen um den korrekten sprachlichen Ausdruck einen Versuch zu sehen, andere nicht zu verletzen; eine neue Form des Respekts, eben der Anerkennung, wie es der Sprachwissenschaftler Harald Weinrich einmal vorschlug. Ist „Political Correctness“ die neue Form von Höflichkeit?

II.

Von alten Vorstellungen über „Höflichkeit“, also Definitionen des wünschenswerten oder gesellschaftlich geforderten Umgangs, unterscheidet sich PC in zweierlei Hinsicht: Was „korrekt“ ist, wird nicht von einer dominanten Kultur, von einer elitären Schicht definiert, sondern von denen, die gesellschaftlich Minderheiten sind oder sich als solche empfinden. Und: PC entwirft keinen universalen, keinen allgemeingültigen Wertekanon; im Gegenteil – es geht ja um die Bewahrung einer „Identität“ ethnischer oder sozialer Minderheiten gegen eine dominante „Norm“. PC fordert nicht Korrektheit im Sinne allgemeiner Regeln, an die man sich zu halten hätte; sie propagiert auch nicht Werte und Tugenden wie Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein oder Gemeinsinn. PC entstand in Amerika als Gegenbewegung zum Ansinnen, sich der dominanten (weißen, männlichen) Kultur zu assimilieren.

Eine der wichtigsten Regeln der Political Correctness lautet, daß es keinerlei objektive Kriterien, keinen allgemeingültigen Regelkanon mehr gibt, wonach Verstöße wahrgenommen, bewertet oder geahndet werden, sondern daß „das Opfer“ bestimmt, was es als Diskriminierung oder Belästigung empfindet. Diese geballte Deutungsmacht des Opfers heißt: Wer sich als Opfer definiert, reklamiert den Ausnahmezustand und muß sich an die allgemeinen Verkehrsregeln nicht mehr halten, die im Zweifelsfall ja sowieso nur Erfindungen

„toter weißer Männer“ sind, also ebenfalls einer bloßen gesellschaftlichen Gruppe, und insofern keine Universalität beanspruchen können. In dieser Hinsicht ist PC das Gegenteil von Höflichkeit; PC propagiert einen unendlichen Wertrelativismus.

III.

Der Werte- und Kulturrelativismus der PC führt zu dem, was der australisch-amerikanische PC-Kritiker Robert Hughes „kulturelle Bollwerksbildung“¹ nennt: Sie negiert Gemeinsamkeiten wie etwa die gemeinsame Definition der Grundlagen, auf denen sich die Veranstaltung namens Gesellschaft abspielt. Das ist das Gefährliche, das Disruptive an PC und zugleich das, was sie zu einem realistischen Konzept moderner Gesellschaft macht. Denn dieser Relativismus entspricht einer individualistischen Gesellschaft, die längst in eine Vielzahl von Szenen und Milieus zerfallen ist, welche jeweils ihren eigenen Regelkanon definieren. „Gefangen in subjektiven Welten mittlerer Reichweite, stehen soziale Milieus in einer Beziehung gegenseitigen Nichtverstehens... Sie ähneln U-Booten mit fehlerhaften Radaranlagen, die sich gegenseitig nicht orten können, ohne daß die Besatzungen dies wüßten“, schreibt der Soziologe Gerhard Schulze².

Der Fundus gemeinsamer Wahrnehmung und gemeinsamen Wissens hat rapide abgenommen – ein Prozeß, der in der Tat nicht ohne innere Logik ist. Denn die moderne Gesellschaft unterscheidet sich von anderen darin, daß sich sicherlich noch nie zuvor, trotz drängender Enge, Menschen so unabhängig voneinander bewegen konnten und daß sie ferner ihr Leben ohne die Stützen und Einschränkungen von Herkunft, Religion, starren Konventionen in Selbstverantwortung und nach weitgehend eigenen Regeln gestalten müssen.

Nicht zuletzt im Arbeitsprozeß ist nicht die starre Adaption überkommener Regeln gefragt, sondern die Entwicklung und Anwendung situativer Logiken, die ihrer Natur nach nicht übertragbar sind auf andere Situationen. In der *einen* Welt existieren eine Vielzahl disparater Welten; PC scheint in mancher Hinsicht der adäquate Ausdruck einer fragmentarisierten Wirklichkeit zu sein.

1 Robert Hughes, Nachrichten aus dem Jammertal. Wie sich die Amerikaner in political correctness verstrickt haben, München 1994, S. 25.

2 Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt am Main 1992, S. 364.

IV.

Auch daß sich Szenen oder Minderheiten im Kampf um Anerkennung, um Platzvorteile innerhalb des gesellschaftlichen Ganzen einen Opferstatus beimessen, folgt einer gewissen Logik. Zum einen entlastet die „infantile Kultur der Wehleidigkeit“, wie Robert Hughes betont, vom Streß, den eine Gesellschaft mit sich bringt, in der die Notwendigkeit groß ist, sich ohne die Krücken der Überlieferung zu definieren und zu behaupten³. Sich als Opfer empfinden heißt, nicht Täter sein zu müssen – eine Entlastungsstrategie in der „Risikogesellschaft“, in der alles mit allem zusammenhängt und das „Private politisch“ ist im Sinne der individuellen Verantwortung eines jeden für das Schicksal des Globus – denn: „Die Nordsee liegt in Ihrem Waschbecken“, wie ein Umweltschützer einmal treffend den „Terror des Zusammenhangs“ auf den Punkt brachte. Das Opfer aber kann nicht verantwortlich gemacht werden.

Hinzu kommt, wie schon gesagt, die Unangreifbarkeit, mit der heute jeder ausgestattet scheint, der von sich behaupten kann, ein Opfer zu sein. Das Postulat, daß das Opfer definiere, was es als Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte empfindet, hat in der feministischen Diskussion zur Forderung geführt, bei Vergewaltigungsprozessen die Rechte des Angeklagten einzuschränken, indem auf die Zeugenbefragung des präsumtiven Opfers der Vergewaltigung zu verzichten sei. Ähnliches wird immer wieder für Prozesse um sexuellen Mißbrauch von Kindern gefordert. Bei allem Verständnis für den Wunsch, Menschen peinigende Erinnerungen zu ersparen oder auch die Denunziation durch übereifrige Anwälte der Gegenseite: Solche Strategien der Anti-Anti-Diskriminierung sind geeignet, dem rechtsförmigen Verfahren den letzten Anstrich von Unparteilichkeit zu nehmen. Es ist Klassen- oder Rassenjustiz zugunsten derer, die sich mit mehr oder weniger Recht als Unterdrückte definieren. Wer diese Tür aufstößt, läßt auch andere, konkurrierende und von den PC-Gläubigen wahrscheinlich als inkorrekt empfundene Deutungsmuster herein.

Zu welchen Verwerfungen Anti-Anti-Diskriminierungsstrategien führen können, hat die Diskussion um den Prozeß gegen O. J. Simpson in den USA gezeigt, insofern hier sozusagen die Konkurrenz

3 Vgl. R. Hughes (Anm. 1), S. 22.

zweier Minderheiten um ihren Opferstatus inszeniert wird. Muß die Jury sich als „politically correct“ gegenüber dem Opfer erweisen – einer weißen Frau –, und muß sie insofern überwiegend weiß und weiblich zusammengesetzt sein? Oder muß sie der Tatsache Rechnung tragen, daß der Angeklagte zwar zur wohlhabenden Klasse, aber zur diskriminierten schwarzen Rasse gehört – muß sie also überwiegend aus schwarzen Männern bestehen? Wer kann sich hier mit höherem Recht als Opfer definieren bzw. als Opfer definiert werden und damit also unangreifbar machen?

Die Entscheidung darüber ist keine Kleinigkeit, denn damit steht und fällt die Selbsteinschätzung einer Gesellschaft, in ihren rechtsförmigen Verfahren noch Unparteilichkeit garantieren zu können – und über ein möglichst großes Kollektiv von Menschen zu verfügen, die über die Perspektive ihrer eigenen Zugehörigkeit zu Geschlecht, Rasse oder Klasse hinaus noch allgemeinen Regeln des Zusammenlebens, den pragmatischen Universalien einer demokratischen Gesellschaft, zu folgen vermögen. Die Logik des politisch Korrekten zielt letztlich auf Stammesrecht: Nur wer zu uns gehört, darf richten. Nach dieser Logik dürfte man nur Angehörige der Mafia über die Mafia urteilen lassen.

V.

Der Diffundierung allgemeiner, für alle geltender Maßstäbe entspricht auf der politischen Ebene der Ersatz der Repräsentation durch Lobbyismus. Die repräsentative Demokratie reklamiert für sich, was unabhängige Justiz beansprucht: auch jene gesellschaftlichen Interessen abzubilden, die nicht im Eigennutz jenes Wählersegments aufgehen, dessen Mehrheitsmeinung Macht verleiht. Von unabhängigen Abgeordneten wird erwartet, daß sie nicht nur die Interessen ihrer Wähler, ihrer Altersgruppe und ihres Geschlechts vertreten – also etwa die mehrheitlich ältere Wahlbevölkerung –, sondern daß sie die partikularen Interessen in freier Auseinandersetzung zu so etwas wie dem Gemeinwohl bündeln, ja veredeln.

Ein frommer Wunsch, denn in der politischen Praxis sind Staat und Regierung längst dazu übergegangen, lautstarke Lobbies zu befriedigen. Die derzeit diskutierte und einigermaßen absurde These indes, älteren Stimmbürgern das Wahlrecht zu beschneiden, um auch der Minderheit der Jun-

gen eine Chance zu geben, läßt nicht nur ein fragwürdiges Verständnis von Demokratie erkennen – die es nämlich aus guten Gründen im allgemeinen vermeidet, die Stimmabgabe von charakterlichen oder geistigen Qualitäten der Wähler abhängig zu machen –, sondern sie bedient darüber hinaus ein allerdings nicht gerade unbegründetes Vorurteil: daß Politik heute sich an der Befriedigung der größten Wählersegmente orientiere und dabei notwendigerweise Interessen der Jungen sowie Zukunftsinteressen vernachlässige. Parteien und Politiker zu zwingen, den Gedanken der Repräsentation wieder ernst zu nehmen, indem man Wählerrechte beschneidet, erweist sich indes als zwiespältiges Mittel.

Political Correctness als Kampf um Platzvorteile der einen Gruppe vor allen anderen ist auch in der Bundesrepublik zu einer neuen Technik des Lobbyismus geworden – ein Lobbyismus, der um so einflußreicher ist, als seine VertreterInnen nicht nur die Macht der großen Zahl für sich reklamieren, sondern auch eine gesellschaftliche Relevanz, die weit über das Maß tatsächlicher „Betroffenheit“ hinausgeht. Die Behauptung, alle (oder doch wenigstens fast alle) Frauen seien qua Geschlecht Opfer von Diskriminierung, Gewalt und Vergewaltigung, Persönlichkeitsverletzungen und Einschränkungen aller Art, verleiht den Ansprüchen aller möglichen selbsternannten Instanzen zur Kompensation solcher Unbill eine nicht unerhebliche Macht – oder hat doch zumindestens die Berufssituation für Frauen verbessern helfen, sofern sie Sozialarbeiterinnen, Linguistinnen, Psychoberaterinnen, Frauenbeauftragte oder Selbstverteidigungsspezialistinnen sind oder werden wollen.

Problematisch wird das allemal dann, wenn die berechnete Strategie von Kämpferinnen in eigener Sache – nämlich das Anliegen als möglichst relevant zu zeichnen – zu einer Wirklichkeitsverzerrung führt. Vergewaltigung und sexueller Mißbrauch sind keineswegs nachgerade alltägliche Erfahrungen im Leben (fast) jeder Frau, wie die unterschiedlichsten Initiativen und Meinungsmacher behaupten. Die immer wieder gehörte Behauptung, der Vergewaltigung oder des Mißbrauchs beschuldigte Männer müßten in ihren Rechten beschnitten werden, da alle Männer potentielle Vergewaltiger seien, ist die Kehrseite dieses Prozesses, in dem Frauen kollektiv als Opfer beschrieben werden – Männer werden kollektiv zu Tätern erklärt. Hier wird womöglich legitimer Lobbyismus zum Tribalismus. Eine Vorstufe blutiger Stammesfehden, wie sie den Libanon zerstörten und jetzt Jugoslawien?

VI.

Natürlich nicht. Weder führt PC zu einem Krieg der Geschlechter noch zu einem der Generationen. Die Logik von PC indes ist insofern „ethnizistisch“, als sie auf eine Identitätspolitik bezogen ist, die Differenzen in den Rang von „natürlichen Unterschieden“ erhebt. Denn Identität gilt landläufig als etwas, das man hat und nicht ändern kann: die „Natur“, die formen zu wollen nur „Künstlichkeit“ bewirke. „Natur“ aber ist nicht verhandelbar. Wo beim Kampf zweier Gruppen, die ihren Unterschied ethnisch begründen, Natur gegen Natur steht, ist Kampf bis zur Vernichtung einer Seite programmiert. Stammesideologie heißt: das Insistieren auf den eigenen Gesetzen gegenüber allem, was demgegenüber allgemeinen Rang beanspruchen kann – denn das sei auch nichts weiter als eine bloß konkurrierende Stammesideologie. Es gelten also keinerlei Maßstäbe außer denen, die sich eine Gruppe selbst gibt, die sich möglichst auch noch als Opfer definiert. Das gibt es auch in speziell deutscher Ausführung: Niemand dürfe urteilen, der „nicht dabei gewesen“ sei, war eine beliebte Sentenz jener Deutschen, die die Nazizeit mitgemacht haben. Heute verlautet der gleiche Satz auch schon mal aus dem Osten Deutschlands.

Ähnlich operiert „Identitätspolitik“. Auch der Verweis auf die eigene Identität (als Geschlechtswesen, als Mensch mit religiösen Überzeugungen, als Angehöriger einer anderen Kultur, als Mitglied einer Ethnie) soll ja den Geltungsbereich allgemeiner Maßstäbe einschränken. Auch das kennt deutsche Variationen: Daß etwa die Demokratie der „kulturellen Eigenheit“ dieser oder jener Ethnie, dem „Volk“ oder einer gesellschaftlichen Gruppe widerspreche und niemandem „aufgestülpt“ werden könne, ist ein Satz, der im Westen Deutschlands – dem die „Aufstülpung“ der Demokratie bestens bekommen ist – noch immer auf verblüffend viel Verständnis trifft. Mag sein, daß hier der alte Gegensatz zwischen „Kultur“ und „Zivilisation“ überdauert hat, wonach die innere Befindlichkeit, die Gefühlswelt des einzelnen Priorität hat vor dem „bloß Äußerlichen“, der lediglich formalen Zivilisiertheit. Das paßt indes bestens mit neuen Differenztheorien zusammen, die der „Kultur“ und „Identität“ einer sozialen oder ethnischen Gruppe einen höheren Wert beimessen als den Maßstäben der Gesellschaft, als der Einhaltung der „nur formalen“ Regeln des Umgangs, wie sie die Demokratie auszeichnet, die verfahrensorientiert ist.

Unter dieser Konkurrenz zwischen „kultureller Identität“ in der Gruppe und der Zugehörigkeit zu einer politisch definierten Gesellschaft leidet hierzulande auch die Debatte um die „doppelte Staatsangehörigkeit“. Die „doppelte Staatsangehörigkeit“ gilt mittlerweile als probates Mittel des Umgangs mit den in Deutschland lebenden Ausländern. Sie sollen ihren Paß nicht abgeben müssen, um deutsches Staatsbürgerrecht zu erhalten. Man könne sie, so heißt es, ja nicht zwingen, ihre eigene Identität aufzugeben zugunsten der deutschen.

Nun ist es richtig, daß man einem Volk nicht beitreten kann und daß man dies angesichts der deutschen Geschichte vielleicht auch niemandem zumuten kann. Das hierzulande geltende *ius sanguinis*, das die Staatszugehörigkeit von der Abstammung abhängig macht, impliziert aber gerade dies. Es spricht angesichts einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft viel dafür, von der „Blutgemeinschaft“ als Basis des demokratischen Nationalstaates Abschied zu nehmen. Die Forderung nach einer doppelten Staatsbürgerschaft verdeckt indes die Diskussion über den notwendigen Übergang in Deutschland etwa zu einem *ius soli*: Denn jene Forderung würdigt ja ebenfalls „Blutsbande“, nämlich die Wurzeln, die jemand in seinem Herkunftsland hat, jene „Identität“, die sie damit für wichtiger erklärt als die Zustimmung zur politischen Verfassung der Bundesrepublik.

Der Vorbehalt der bewahrenswerten kulturellen Identität ergibt nur einen Sinn, wenn man der Meinung ist, diese kulturelle Selbstdefinition habe Vorrang vor dem Einverständnis mit den allgemeinen Regeln, die sich eine Gesellschaft gibt. Das aber ist nicht tolerant, sondern propagiert das Prius der Herkunft, der Ethnizität, vor der Zustimmung zum politischen Vertrag. Das ist, wie Sonja Margolina ausführt, eine gefährliche „Konzession der Politik an Ethnizität“⁴. Unter dem Deckmantel der Toleranz verbirgt sich der gefährliche Luxus, es mit den „westlichen Errungenschaften“ der Demokratie nicht sonderlich ernst zu nehmen.

Oder hat Jean-Marie Guéhenno recht, der in der „Logik der Gruppenidentität“ in den kriegesischen Auseinandersetzungen etwa in Ex-Jugoslawien eine notwendige Erscheinungsform der Moderne sieht? Er schreibt unter dem düsteren Titel „Das Ende der Demokratie“: „Der moderne Mensch – ohne Bindung an ein Territorium, ‚Nomade‘ und doch in einer Funktion gefangen, eines Standorts beraubt, der seiner Arbeit einen Sinn geben

⁴ Sonja Margolina. Der Ethnizismus im multikulturellen Gewand, in: die tageszeitung vom 2. Januar 1995, S. 12.

könnte, ein unendlich oft reproduzierter Webknoten der Gesellschaft und doch stets einsam – ist dazu verdammt, seine Besonderheit in der Suche nach seinen Ursprüngen zu finden. Er braucht sie, um mit den anderen, ebenfalls ‚Besonderen‘ das Gefühl einer gemeinsamen Zugehörigkeit teilen zu können.“⁵

VII.

PC kann zur Stammesideologie und zu unendlichem Wertrelativismus führen – und damit womöglich zu einer Form, die eine zunehmend zersplitterte Gesellschaft sich gibt. Das, was einige dem Konzept von der „Multikulturellen Gesellschaft“ vorwerfen, nämlich daß es die letzten konsensstiftenden Übereinkünfte und Institutionen preisgibt, da diese ja nur eines unter vielen konkurrierenden Modellen von „Identität“ darstellen, ist womöglich ein müßiger Vorwurf – denn daran wäre dann schlechterdings nichts zu ändern. Es scheint die Schwäche des demokratischen Spiels zu sein, daß es Gesellschaft nicht ohne wenigstens Rudimente von Gemeinschaft und „Homogenität“ attraktiv erscheinen lassen kann. Die Alternative indes ist entschieden unattraktiver.

Daß dieses oder jenes „meiner Identität“ nicht zuträglich sei, ist auf niedrigerer Stufe die Begründung für den Ausstieg aus allem, was die Voraussetzung für Prozesse der Verständigung und des Aushandelns bedeutet. Daß man anderen Kulturen nicht „zumuten“ könne, sich jenen Regeln und Maßstäben anzubequemen, die in den westlichen Demokratien in puncto Freiheit und Menschen-

rechten gelten, ist der auf die Spitze getriebene Kulturrelativismus, mit dessen Hilfe man sogar das Todesurteil fundamentalistischer Mullahs gegen den Dichter Salman Rushdie rechtfertigen kann.

Der muslimische Sozialwissenschaftler Bassam Tibi postuliert immer wieder, daß diese Toleranz gegenüber allem, was andere, nichtdemokratische Kulturen für sich reklamieren, um das Überleben der westlichen Demokratien fürchten lasse, deren Nutznießer selten jenen feurigen Stolz auf die eigenen kulturellen Errungenschaften – wie etwa die Respektierung von Freiheit und Menschenrechten – erkennen lassen, der ihren fundamentalistischen Gegnern eignet.

Es stimmt ja: Auch hierzulande wird gern gesucht nach Bindungen anderer, „tieferer“ Art, als die individualistische Moderne und die formale Demokratie sie anbieten. Andere haben bei dieser Suche längst den Vorzug entdeckt, der darin liegt, diese Bindungen ethnisch oder religiös zu begründen – also als etwas, das auf Natur oder doch wenigstens eine lange Geschichte zurückblicken kann. Die meisten dieser „Traditionen“ sind indes durchaus erfunden – vom Schottenrock bis zur fundamentalistischen Auslegung des Koran, vom „Arier“ bis zur serbischen Überlegenheit.

Der derzeit blühende Handel mit allerhand „natürlichen“ Begründungen für PC öffnet die Augen für einen Vorzug des „Künstlichen“: Es bleibt, da von Menschen gemacht, verhandelbar⁶. Die auf ethnische Differenzen begründeten Konflikte indes können, da Natur gegen Natur steht, nicht im Kompromiß entschieden werden und sind ihrem Wesen nach unendlich – bzw. sie dauern bis zur Auslöschung eines der Kontrahenten.

5 Jean-Marie Guéhenno, *Das Ende der Demokratie*, München–Zürich 1994, S. 72.

6 Vgl. Cora Stephan, *Neue deutsche Etikette*, Berlin 1995, S. 142.

„Political Correctness“ oder die Reinigung der Sprache

„Political Correctness“ versus Geistesfreiheit

Ein Gespenst geht um in der postmodernen Meinungsvielfalt. Die Rede ist von einem Verhaltenskodex, der Gleichheit, Mitsprache oder Menschenwürde als die formalen Grundlagen der zivilen Gesellschaft zu einer Charakterangelegenheit erheben möchte. Die Losung von der „Political Correctness“ (PC), d. h. dem „politisch korrekten“ Umgang miteinander, verlangt, den Wunsch nach Respektierung der Person über juristische Ansprüche hinaus in eine, noch dazu gesellschaftlich anerkannte, Bringschuld zu verwandeln, die – interindividuell ebenso wie gruppenbezogen – selbstverständlich zu erwarten sei und damit auch allenthalben abrufbar.

Gegenseitige Anerkennung als knapp bemessenes Bindemittel aller Sozialbeziehungen soll wenigstens auf semantischer, möglichst aber auch auf der Ebene der Werthaltungen und Gefühle ausgleichen, was den Individuen oder Gruppen durch strukturelle und andere latente Benachteiligungen bei der Zuteilung von Gütern, Lebenschancen, Aufmerksamkeit etc. entgeht.

Dieses Ansinnen rief eine Bewegung ins Leben, die als PC-Mode mittlerweile auch hierzulande die Gemüter beschäftigt. Sie stammt aus den USA und betrifft dort spezifische Konfliktlagen, die woanders vergleichbar nicht gegeben sind. Insofern haben wir es im PC-Zusammenhang heute mit sehr verschiedenen Debatten zu tun.

In den USA geht es um den wenigstens rhetorischen Abbau von Diskriminierungen aller Art. Dieser ursprünglich auf die Einübung von Toleranz zielende Ansatz bewirkt in Form der PC offenbar allerdings das genaue Gegenteil, indem das Land zunehmend einer Fragmentierung¹ unterliegt. Denn eine Gesellschaft, die aus lauter hoch empfindsamen und daher zerstrittenen „communities“ besteht, beginnt sich zu retribalisieren. Dem entspricht im intellektuellen Mitein-

ander nicht nur der Verlust gemeinsamer Werte. Die Akzeptanz einer allseits gepflegten „great tradition“ (F. R. Leavis) etwa in Literatur und Kunst geht verloren, wenn jede Gruppe ihren eigenen Ethno-, Libido-, Mytho- oder anderen Zentrismus pflegt² und schlicht für Kultur hält.

Auch die Kontaktmöglichkeiten der unterschiedlichen Positionen und Aspekte sowohl im Alltag als auch coram publico leiden. Für Jeffrey Herf³ ist etwa die akademische Freiheit bedroht, wenn sich die Überwachung der Rede, die vor allem Parteilichkeit verlangt, zur Gedankenkontrolle auswächst. Wo jedes Wort zur Rechenschaft gezogen wird, geraten unfrisierte Gedanken zum Risiko. Wenn die Macht der sozialen Grammatik wächst, klappert die Schere der Zensur bereits frühzeitig im Kopf. Norman Stone⁴ hat daher von einem „modern equivalent of the Inquisition“ gesprochen, die all jene ereilt, die mit der PC in Berührung kommen.

In der Bundesrepublik haben wir es vor allem mit Auseinandersetzungen um die Geltung von historischen und politischen Sichtweisen im öffentlichen Raum zu tun⁵. Anders als in Amerika fehlt hier noch weitgehend das soziale beziehungsweise ethnische Reizklima – weswegen PC eher als Modevokabel für etwas zu bezeichnen ist, das bislang unter Meinungsstreit rubriziert wurde. Die ideologischen Auseinandersetzungen sind deswegen nicht weniger heftig oder unfair. Und auch sie pfleg(t)en die Betroffenen nach gut und böse, sprich nach innen und außen zu sortieren. Gerade für „Kopfarbeiter“ (Brecht) ist Konformismus

2 Vgl. dazu kritisch Allan Bloom, *Der Niedergang des amerikanischen Geistes*, Hamburg 1988.

3 Vgl. Jeffrey Herf, *Publizierend scheitern*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. 6. 1991, S. N 3.

4 Vgl. Norman Stone, *A Plague on the West*, in: *Sunday Times* vom 17. 4. 1994, Teil X, S. 8ff., hier S. 10.

5 Typisch dafür ist der Benennungsstreit mit Blick auf das Kriegsende von 1945. Die komplexe Ausgangslage wird über den Kamm der Nachgeborenen geschoren, wenn die richtige Bestimmung der Stunde Null als politische Befreiung Deutschlands und der Welt vom Joch des Nationalsozialismus nach der Devise: ‚Nur wir sind Täter‘ es nicht mehr zuläßt, mit Trauer auch der Leiden von Vertreibung, Mord, Unterdrückung, Vergewaltigung, ethnic cleansing etc. der deutschen Zivilbevölkerung nach der Kapitulation zu gedenken, die eben auch eine Niederlage mit allen ihren bitteren Folgen besiegelte.

1 Vgl. Arthur M. Schlesinger Jr., *The Disuniting of America*, New York 1992.

offenbar verführerisch⁶, sei er rechts oder links gestrickt. Überwiegt die Sichtweise einer Seite, wie in den Jahren der Kanzlerdemokratie oder später in der Zeit jener legendären 68er, fühlt sich der jeweils andere Flügel mißachtet und sieht sich, je nachdem, als „Pinscher“ oder „Grufti“ verunglimpft. Das kann für die Ausgeschlossenen ebenso schlimme Folgen haben wie übrigens für die jeweiligen PC-Verwalter selbst. Denn die in welchem Rahmen (Gesellschaft, Gruppe, Institution, Zirkel) auch immer von einer rechten oder linken „tyranny of the prevailing opinion“⁷ ausgegrenzten Personen werden stigmatisiert, benachteiligt, bedroht und um Veröffentlichungschancen gebracht. Die Mitglieder der jeweiligen Mehrheitsmeinung ihrerseits entwickeln ein Dominanzgebaren, das zumal bei kritischen Intellektuellen⁸ zu erheblichen Sicht- und Komplexitätseinbußen führen kann.

Das PC-Stichwort hat zu einer Meta-Debatte geführt, wie sie zu Anfang der achtziger Jahre schon durch die Auseinandersetzungen um die sogenannte „Schweigespирale“⁹ hätte ausgelöst werden können, die den innergesellschaftlichen Geltungswettbewerb so nachhaltig beeinflusst. Erst jetzt wird jedoch offen erörtert¹⁰, daß es so etwas gibt wie ein „mobbing“ der Meinungen. Zudem wird transparent, was frei nach „common sense is tacit reason“ (Hazlitt) tabu zu sein schien¹¹: Nämlich daß auch hierzulande allenthalben eingefahrene Denkstile vorwalten, die sich bei Strafe nicht verletzen lassen. Das erfuhr Philipp Jenninger als Bundestagspräsident ebenso wie der wegen eher läßlicher Verstöße gegen die Offizialsprache schon im Vorfeld der Wahl gescheiterte Präsidentschaftskandidat Steffen Heitmann.

6 Zur historisch evidenten Eilfertigkeit der Denker, „Kerzenhalter der Macht“ (Semprún) zu spielen, vgl. Thomas Molnar, *Kampf und Untergang der Intellektuellen*, München 1966.

7 John St. Mill, *On Liberty* (1859), hrsg. von David Spitz, New York-London 1975, S. 6.

8 Beispielsweise die eher augenötigt klingende Selbstkritik von Jürgen Habermas, bis zuletzt auf einem Auge blind gewesen zu sein gegenüber dem Stalinismus und seinen vielen realsozialistischen Spielarten, vgl. Jürgen Habermas/Adam Michnik, *Overcoming the Past*, in: *new left review*, (1994) 203, S. 3 ff., hier S. 10.

9 Elisabeth Noelle-Neumann, *Öffentliche Meinung*, Frankfurt am Main-Berlin 1989².

10 Vgl. Martin Walser, *Über freie und unfreie Rede*, in: *Der Spiegel*, (1994) 45, S. 130 ff.

11 Für die philosophische Dimension vgl. Alexander Dill, *Weise erdenken neue Gedanken, Narren verbreiten sie*, in: *Die Zeit* vom 11. 9. 1992, S. 66, der sich kritisch mit der These von Jürgen Habermas auseinandersetzt, westdeutsche Geistesarbeiter seien intellektuellen Anpassungsprozessen nicht unterworfen gewesen.

Die PC-Formel hat intellektuell dennoch anregend gewirkt. Unter ihrem Einfluß macht sich die hiesige Öffentlichkeit neuerdings wieder Gedanken¹² über den Zusammenhang von Sprache und Macht mitsamt ihrem jeweiligen Darstellungs- und Begründungsbedarf.

Sprachfunktionen

Die Erkenntnis ist so alt wie die Grundsatzdebatte über das Wesen und die Formen der Politik. Alle Vergesellschaftung ist Ausdruck unserer Sprachfähigkeit. Man lese nach bei Aristoteles, Jahrgang 384 v. Chr., für den die Gemeinschaft in der als Sprache präsenten Gemeinsamkeit der Werte und Empfindungen ihrer Bürger gründet(e). Doch handelt es sich bei dieser Annahme um Beschwörung oder Beschreibung? Denn der Sprachgebrauch verbindet nicht nur, er trennt zugleich. Zudem verleiht er gesellschaftlichen Differenzsystemen – welcher Art auch immer – die nötige Rechtfertigung. Das läßt sich nicht allein den Annalen der Politik entnehmen, sondern auch der Ideengeschichte, wie ein kurzer Blick zurück zeigt.

Bereits Protagoras aus Abdera, einer der originellsten Köpfe der griechischen Aufklärung, hatte im 5. Jahrhundert v. Chr. alle Gewißheiten über Gott und die Welt in Frage gestellt und zur Ansichtssache erklärt. Auch die Sprache war Teil der sich daraus ergebenden historischen Eristik (Kunst des Redestreits), sie war keineswegs von vornherein ein Medium der Übereinstimmung. Nicht zuletzt deswegen stand mit Hesiod aus Bötien am Anfang aller Anfänge das „Chaos“, wie es im 7. Jahrhundert v. Chr. in seiner „Theogonie“ (Vers 116) heißt, die mitverantwortlich zeichnet für die Prägung der abendländischen Kulturgeschichte.

Bändigung der chaotischen Zustände! So lautet seither die intellektuelle und administrative Gestaltungsaufgabe. Hesiod (Vers 901 f.) erdichtet als Kinder von Zeus und Themis zugleich die Horen: Sie sind Qualitäten der Vergesellschaftung, deren Beachtung immerhin erträgliche Verhältnisse ermöglichte, damals wie heute. Das solchermaßen utopisch auf den Begriff gebrachte Bemühen um

12 Wie dringlich die Einsicht in den unablässigen Kampf um die Köpfe ist, das mag ein Streitbeitrag (Hans-Martin Lohmann [Hrsg.], *Extremismus der Mitte*, Frankfurt am Main 1994) erweisen, in dem sich unter Generalverdacht gestellt sieht, schlicht reaktionär zu sein, was politisch nicht in die vertraute Optik der Nachkriegserfahrungen paßt. Die momentan wieder einmal modische Rundumverdächtigung der Studentenbewegung als Einstieg in den Ausstieg bildet dazu spiegelbildlich nur ein gegenpoliges Pendant.

Eunomia (Gesetzlichkeit), Dike (Gerechtigkeit) oder Eirene (Frieden) ist hingegen bereits Ausdruck einer Meinungs- und Interessenvielfalt, welche zu allen Zeiten den sozial- wie lebensweltlichen Erfahrungshorizont der Menschen ausgefüllt hat. Jedenfalls seit jener mythischen Vertreibung aus dem Paradies, in dem womöglich die Sprache noch mit Überlegen, Fühlen und Handeln in Einklang stand, weil Neugierde und Knappheit als Triebkräfte aller Entwicklung das Sein nicht restlos mit Beschlag belegten.

Denken diene und dient in der Geschichte der Menschen dem Überleben, nicht primär der Verständigung¹³. Die Sprache unterliegt ihren eigenen Regeln, Kommunikation freilich bleibt ontologisch überformt. Das gilt für die materielle Sphäre ebenso wie für das Reich der Ideen. Unter Bedingungen der Sorge/Angst = (f) Knappheit¹⁴ formieren sich Gedankensysteme mithin als sprachpolitischer Ausdruck von, im weitesten Wortsinn, historischen Zuteilungsformationen. In ihnen aber herrscht Macht als Medium von Differenz¹⁵. Zur Kontrolle der jeweiligen Zustände waren immer schon von „Sinnstäben“ (Max Weber) verwaltete Sprachregelungen hinzuzuzählen. Wörter signalisieren mithin Zugehörigkeit, wie von Aristoteles unterstellt. Oder sie gelten als Risiko für die Anordnung sozialhistorischer Asymmetriemuster und wurden bzw. werden in ihrer Verwendung sanktioniert¹⁶.

Wortmacht

Die Kulturgeschichte läßt sich auch als Streit um den richtigen¹⁷ Wortgebrauch lesen. Bereits Epiktet aus Phrygien, gestorben 138 n. Chr., hat

13 Höchstens abgeleitet, was freilich erst auf einer Kulturstufe möglich wird, in der eine spürbare Entlastung vom Kampf um Versorgung oder Anerkennung erreicht ist. Außerhalb der Sphäre wissenschaftlicher Arbeit in zweckrationalen Verbänden, und selbst dort nur bezogen auf das Erkenntnisziel, nicht aber etwa auf die Wissenschaftsorganisation oder Forschungspolitik, scheint dieser Idealzustand kaum irgendwo erreicht zu sein.

14 An materiellen (Unterhalt) ebenso wie an ideellen (Anerkennung/Sinn), moralischen (Gerechtigkeit) beziehungsweise emotionalen (Liebe/Fürsorge) Gütern.

15 Historisch organisiert als Hierarchie in einer segmentären Gesellschaft, in der funktionell differenzierten Moderne hingegen verwaltet durch die Mehrheitsregel.

16 Oder aber eine abweichende Redeweise setzte sich durch, so daß hinfort neue Sprachgewohnheiten als Ausdruck veränderter Bauformen des Sozialen und ihrer symbolischen Geltungsgründe zählen.

17 Im Sinne von (erkenntnistheoretisch) wahrheitsgemäßer oder (politikgeschichtlich) zulässiger Benennungskompetenz.

festgestellt, daß die Menschen nicht so sehr durch die Dinge selbst als vielmehr durch ihre Bezeichnungen verwirrt werden. Schon an der Wende zum 4. vorchristlichen Jahrhundert kommt diese Parteilichkeit von Sprache zum Ausdruck in dem ideengeschichtlichen Drama der Aburteilung des Sokrates¹⁸ wegen Hierosylie, sprich Ideologiekritik. Angeblich ging es um „Sprachverderbnis“, durch die sich athenische Benennungs-codes gefährdet wähnten. „Sokrates ging unter durch Sophisten.“ Hier irrt Friedrich Schiller, vielmehr fand der Kampf um Wörter als Konflikt um Macht und Geltung ein prominentes Opfer – beileibe nicht das erste und keineswegs das letzte.

Durch Sprache gestalten sich die gesellschaftlichen Beziehungen auch als Täuschung und Übervorteilung. Dieser Erfahrung widmete Thomas Hobbes zwei Jahrtausende nach Aristoteles sein Grundlagenwerk über den „Leviathan“ (1651), das die politische Neuzeit theoretisch eingeläutet hat. Auseinandersetzung und Übereinstimmung, diese grundlegenden Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, werden nicht allein sprachlich erzeugt. Doch sie schlagen sich immer in den Tabu- oder Populärzonen der Sprache nieder. Nicht zuletzt in Wörtern, die der Zeitgeist erfindet, verwendet oder wieder aufgibt, um den öffentlichen Raum nach Maßgabe vorherrschender (Elite/Mehrheit) beziehungsweise oppositioneller (Gegeneliten/Minoritäten) Interessen mental oder ideographisch zu beeinflussen.

Der Blick auf das Hin und Her der Terminologien legt die Umrise einer ins Semantische projizierten Politikgeschichte frei. Deutlich werden Leitbegriffe, Fahnenwörter, Klammerausdrücke, Kampfvokabeln oder Verdammungsfloskeln, die den Wettbewerb als Wortklauberei um Beachtung beziehungsweise Machtanteile veranschaulichen. Oder mit Lewis Carroll¹⁹ formuliert:

„When I use a word“, Humpty Dumpty said, in rather a scornful tone, „it means just what I choose it to mean. Neither more or less.“ „The question is“, said Alice, „whether you can make words mean so many different things.“ „The question is“, said Humpty Dumpty, „who is the master. That is all.“

Politik als Text? Die Gesellschaft eine Bühne? Das sind keineswegs neue Einsichten, auch hierzulande

18 Vgl. I.F. Stone, *The Trial of Socrates*, Boston-Toronto 1988, S. 210ff.

19 *Through the looking-glass and what Alice found there*, New York-London 1872, Kap. 6.

nicht. Dietz Bering²⁰, Wolfgang Bergsdorf²¹ oder auch Thomas Niehr²² haben die Spracharena längst gründlich ausgeleuchtet. Zudem gab es immer wieder Zwiste um die parteiliche Besetzung von Konnotationen²³. Insofern verwundert die Erregung, die sich im Zusammenhang mit der Debatte um die PC als Kürzel für (sprach)konformes Verhalten beobachten läßt. Kein Beitrag über kontroverse Themen, Verhaltensweisen oder auch Persönlichkeiten, ohne daß nicht neuerdings in dieser oder jener Weise auf korrekt/inkorrekt als neue Grenzmarkierungen oder auch Zuordnungen aufmerksam gemacht würde.

Die PC-Rede hat dabei längst die politisch-semantiche Kniggerei einer „insensitive speech“ verlassen. Von der „emotionalen“ bis zur „sexuellen“ Konformität sieht sich mittlerweile jede Äußerung, die irgendwelchen Betroffenen oder Minderheiten aus welchen Gründen auch immer nicht gefällt, unter den Vorbehalt gestellt, aus diesen oder jenen Motiven heraus von der richtigen PC-Linie abzuweichen.

Sprachreinigung

Dabei hatte dieses „mind-control“-Diktat eher harmlos angefangen als „code of conduct“. Zur Abwehr von Diskriminierungen im Sprachverkehr weist der PC-Komplex auf reale Ungerechtigkeiten hin. Sie sahen sich bislang als Sozialstrukturprobleme rubriziert, werden seit geraumer Zeit jedoch vor allem mit Blick auf die Herkunfts- und Geschlechterdifferenz wahrgenommen.

Heute stehen gesamtgesellschaftliche Erklärungs- oder gar Änderungsmodelle nicht nur in den USA nicht mehr zur Verfügung. Viele Ungleichheiten können nicht länger abgebaut werden, etwa durch die Umorganisation der Verteilung. Um hier und dort dennoch Abhilfe zu schaffen, bestätigen die Korrekturmaßnahmen die leidigen Differenzen: Eine Unzahl von „affirmative action programs“, die mit Hilfe von Quoten jederlei Zukurzgekommene unterstützen²⁴, greifen gerade auf das zu-

rück, was sie verneinen. Und sie haben die fatale Folge, daß sich immer neue Gruppen als Benachteiligte identifizieren, um in den Genuß von Zuteilungen zu kommen. Vom oft beschworenen „melting-pot“ der USA ist keine Rede mehr. Seit der „roots“-Welle in den siebziger Jahren zerfällt die amerikanische Bevölkerung in sich nach allerlei Kriterien abgrenzende Groß-, Klein- und Kleinstkulturen. Denn was „race“ und „gender“ recht war, ist „gays“ und anderen Outsidern billig, bis hin zu den Kleinwüchsigen oder Unansehnlichen, die sich gleichfalls als randständig und damit irgendwie benachteiligt fühlen können.

Das Bemühen der offenen Gesellschaft um die Isovalie ihrer Bürger hat sich, schon weil nur Gesetze einzuklagen sind, aus dem Bereich der Rechtsgüterordnung nach und nach in die Sprachregelung verlagert. Wobei diese beiden Streitebenen miteinander korrespondieren. Denn um in den Genuß von Sonderrechten zu gelangen, muß man als zuteilungswürdig anerkannt sein, also benachteiligt, unterrepräsentiert, abgedrängt etc. wirken. Eine Form, rechtlich Aufmerksamkeit zu erwecken, ist mithin die Selbstidentifikation und ihre sprachliche Durchsetzung als Sonderfall.

Die PC vornehmlich als „Akademikerdoktrin“²⁵ unterstellt folglich, die der Postmoderne einzig angemessene Terminologie sei allemal jene, die mit den Eigenbildern von Gruppen, Ethnien oder Bewegungen übereinzustimmen versucht. Nur so sei womöglich zu vermeiden, ihnen irgendwie zu nahe zu treten. Zu Ende gedacht löst diese Absicht jeden (gemeinsamen) Bedeutungskanon und damit die innergesellschaftliche Verständigung auf, weil die Kommunikation vorab von Interessen, Meinungen oder Einschätzungen entsorgt werden müßte, damit indes auch von Individualität und Differenz. Als unwillkürlicher Ausdruck des Epochengeistes gar unterläge die Sprache öffentlich und privat einer strikten Kontrolle, was einer (Selbst-)Zensur gleichkommt. Das aber wäre immer noch nicht ausreichend, weil sowohl auf der Zeitachse als auch im Differenzraum der Gesellschaft die Fülle verletzender Gedanken, Handlungen und Wörter unbegrenzt ist.

„PC is, strictly speaking, a totalitarian philosophy.“²⁶ Dieses Fazit mag weniger verwundern, hält

1995, S. 26ff. Dadurch würden nicht nur neue Benachteiligungen geschaffen, zudem verstärkten derartige Programme die sozial-gesellschaftliche Zersplitterung und begünstigten damit geradezu (inter)ethnische Spannungen.

25 Nicolas Comfort, *Brewer's Politics. A Phrase and Fable Dictionary*, London 1993, S. 464.

26 Jerry Adler u.a., *Thought Police*, in: *Newsweek* vom 14. 1. 1991, S. 42ff., hier S. 45.

20 Vgl. Dietz Bering, *Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes*, Stuttgart 1978.

21 Vgl. Wolfgang Bergsdorf, *Herrschaft und Sprache*, Pfuldingen 1983.

22 Vgl. Thomas Niehr, *Schlagwörter im politischen Kontext*, Wiesbaden 1993.

23 Vgl. Martin Greiffenhagen (Hrsg.), *Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit*, München 1980.

24 Sie stehen in den USA im Zentrum eines erbitterten politischen Streites um den Sinn solcher Maßnahmen, vgl. Howard Fineman, *Race & Rage*, in: *Newsweek* vom 3. 4.

man sich vor Augen, daß wir es dabei ursprünglich mit dem Versuch von Minderheiten zu tun haben, über Sprachregelungen das öffentliche Bewußtsein zu beeinflussen. Demnach stünde die PC in einer sozialreformerischen Tradition. Spiegelt die Sprache als „Geist der Zeiten“ (Goethe) zumeist bestehende Ordnungsmuster, so bringen historische Veränderungen nicht nur eine neue Redeweise hervor, wie der Blick auf die politische Ideengeschichte erweist. Solchen Ereignissen pflegen überdies Definitionserwürfnisse vorauszugehen, zumal in Form von gezielten Umbenennungen.

Die PC und ihre heiklen Auswirkungen sind sicher nicht von dieser Reichweite. Aber immerhin werden selbst auf dem Alten Erdteil mittlerweile problematische Effekte²⁷ verzeichnet. Stichworte wie Denkgleichschaltung, Zensur oder Phrasenmacht drängen sich in unseren Zeiten einer symbolischen Politik und der medialen Welterschließung ohnedies in den Vordergrund der Wahrnehmung. Sie haben eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber den unterschiedlichsten Bemühungen bewirkt, die Alltagssprache, wenngleich womöglich im Namen bester Absichten, einer wie auch immer ausgerichteten moralischen Reinigung zu unterziehen.

Zuspitzung

Anfangs nahm kaum jemand Notiz von der Angelegenheit. Erst als die Medien darüber berichteten²⁸, kam es zu einer heftigen Debatte über den aus Kalifornien importierten PC-Virus, der nun auch England zu bedrohen schien. Was war geschehen? Auslöser der Erregung war ein Vorfall, der sich im Herbst 1993 abgespielt hatte. Die Lehrerin Jane Brown an der Londoner Kingsmead Grundschule lehnte das Angebot der Hamlyn Foundation ab, einigen ihrer Schüler Karten für Sergei Prokofjews Ballett ‚Romeo und Julia‘ zu spendieren. Sie gab eine Reihe von Gründen an, etwa die hohen Transportkosten und die Tatsache, daß nicht alle Kinder mitkommen konnten. Aber ihre Absage erwähnte zudem die Heterosexualität des Stückes. Das erwies sich als ‚gefundenes

Fressen‘ für eine Öffentlichkeit, die von der Regierung Major in eine moralische „Back-to-basics“-Kampagne verwickelt wurde²⁹. Versuchte die lesbische Lehrerin Brown die ihr anvertrauten Kinder im Sinne ihrer Neigungen zu beeinflussen?

Es kam jedoch erst richtig zum Eklat, als die Aufregung schon wieder abzuflauen schien und die Haß-Post an Frau Brown weniger wurde. Denn während sich die Schulaufsicht anfangs mit der Bemerkung, das sei „kulturelle Spießbürgerei“, von der Pädagogin distanziert hatte, änderte sie später ihre Haltung³⁰. Im Nachgang zu der Affäre wurde in einem Sechs-Seiten-Papier das Unterrichtspersonal über PC belehrt. Danach seien die Kinder vor allen Texten oder Meinungen zu schützen, die sogenannte eurozentrische, sexistische oder anderweitig vorurteilshafte Tendenzen aufwiesen. Shakespeare beispielsweise sei hinfert ebenso mit Vorsicht zu genießen wie andere Klassiker, die im Verständnis eines neulinken Puritanismus nicht ganz koscher wirkten³¹. Denn auch im Rückblick auf womöglich unkompliziertere Zeitläufte seien die Volksweisheiten der Altvorderen heute oft nicht mehr tragbar.

Die Entrüstung im Lande über derartige Zensurvorschriften, die bislang eher ein Einzelfall geblieben sind, war enorm. Die englische Öffentlichkeit registrierte verblüfft, daß die PC längst von Amerika über den großen Teich geschwappt³² war. Die Bewegung zur Kontrolle der innergesellschaftlichen Ausdrucksformen und damit der öffentlichen wie privaten Einstellungen könne als die abgemagerte Linke von heute bezeichnet werden, hat Boris Groys³³ vermerkt. Liegt in dem PC-Thema auch international ein neues Wirkfeld, nachdem die Klassenfrage verpufft zu sein scheint?

In der Besetzung der Begriffe greift man überdies auf ältere Vorwürfe (Ungleichheit) und Einflußkanäle (Ideokratie) einer Oppositionsbewegung

29 Vgl. The Times vom 20. 2. 1994, Teil 1, S. 5.

30 Vgl. Ruth Picardie, Two women of Hackney, in: The Independent vom 3. 2. 1994, S. 23.

31 In diesem Zusammenhang ist in den USA seit längerem verächtlich von „Dwems“ als Akronym für die Dead white European males die Rede, das mithin gegen den vorgeblich im Lande verbreiteten Euro- und Machozentrismus zugleich votiert, vgl. Hans E. Tütsch, Kulturkampf in Amerika, in: Schweizer Monatshefte, (1991) 3, S. 179f.

32 Man denke nur an die weitgehenden Interventionsvorstellungen im Rahmen einer Anti-Diskriminierungspolitik der Commission for Racial Equality (CRE), die das Risiko von „ethnic penalties“ in der Arbeitswelt mindern helfen sollen, vgl. Cyril Dixon, Labour council top discrimination league, in: Sunday Times vom 17. 4. 1994, I, S. 7.

33 Vgl. Boris Groys, Abschied vom Homogenen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 3. 1995, S. 29.

27 Vgl. die Beiträge von Christian Meier, Denkverbote – Nachhut des Fortschritts? oder Gert Mattenklott, Zwölf Thesen zu political correctness, in: Neue Rundschau, (1995) 1, S. 9ff; S. 73ff.

28 Vgl. Evening Standard vom 23. 2. 1994, S. 18.

zurück, die – inzwischen politisch zwischen allen Stühlen – nach neuen Handlungsfeldern sucht. Und in der Tradition einer jakobinisch-babouvistischen Rechtschaffenheitskontrolle³⁴ befände man sich fraglos wieder an der Spitze eines Fortschrittsgedankens, der seit der Französischen Revolution die Weltgeschichte „in eine Geschichte des Bewußtseins“ (Marx) umzumünzen trachtet.

Die deutsche Öffentlichkeit hat von der Renaissance des Tugendmythos als Politikum lange Zeit wenig bemerkt. Dieses Thema wurde bislang, wenn überhaupt, als amerikanisches, noch dazu reichlich akademisches Tummelfeld verbucht³⁵. Der Journalist Dieter E. Zimmer³⁶ fragte immerhin nach, ob so etwas wie PC auch hierzulande verübt wird. Er mußte das Konzept freilich anders verorten, als es in der Neuen Welt diskutiert wird, weil in einem (Noch-)Nichteinwanderungsland trotz aller Asyldebatten der ‚multikulturelle‘ Hintergrund fehlt, jedenfalls als realpolitisches Zentralproblem³⁷.

Statt dessen artikulierte Zimmer eine Kritik grundlegender Paradoxie der freien Gesellschaft, die unter dem Stichwort der „ideologischen Hegemonie“ schon früher erörtert worden sind, wenngleich es bisher um andere Inhalte oder Formfragen ging. Allerdings wurde im Umkreis der PC deutlich, daß es Unduldsamkeit im Namen der Liberalität gibt, ja geradezu eine repressive Toleranz: Sie pflegt dichotomisch all das als böse oder falsch zu verwerfen, was sich rechts oder links von ihr selbst befindet, weil es den eigenen Vorstellungen von Biederkeit nicht entsprechen will.

Die verspätete Zurkenntnisnahme dieser Rechthaberei mag auch damit zu tun haben, daß bislang

34 Lars Gustafsson greift noch weiter zurück, vgl. Die neuen Wiedertäufer, in: Focus, (1993) 51, S. 80.

35 Den Beginn der Debatte dokumentierte Der Spiegel, (1994) 28, S. 160ff. Zur hiesigen PC-Sprache frühzeitig Eckhard Henscheid, Dummdeutsch, Stuttgart 1993 (1985). Klaus Bittermann/Gerhard Henschel (Hrsg.), Das Wörterbuch des Gutmenschen. Zur Kritik der moralisch korrekten Schausprache, Berlin 1994.

36 Vgl. Dieter E. Zimmer, PC oder: Da hört die Gemütlichkeit auf, in: Die Zeit vom 22. 10. 1993, S. 59f. Zur Debatte seiner Thesen vgl. Oliver Marchart, Für eine gewisse Korrektheit, in: Forum, (1993) 480, S. 8ff.

37 Wenngleich gerade dieses Thema PC-wundersam zu Abgrenzungen reizt, vgl. Dieter Oberndörfer, Abschied vom völkischen Wahn, in: Die Zeit vom 4. 2. 1994, S. 6f., mit seinem Vorwurf der „politischen Brandstiftung“ gegen den Frankfurter Soziologen Karl-Otto Hondrich (Grenzen gegen die Gewalt, in: Die Zeit vom 28. 1. 1994, S. 4), der multi-kulti-kritisch zu fragen gewagt hatte, ob Zuwanderung nicht auch Probleme für die Aufnahmegesellschaften mit sich bringt.

wenig Literatur zur PC vorliegt, wissenschaftliche Definitionsversuche fehlen fast völlig³⁸. Zwar hat Nigel Rees³⁹ der Mitwelt erste Hinweise darauf gegeben, wovon die unterschiedlichen PC-Wächter „behaupten, man dürfe es in den neunziger Jahren nicht mehr sagen“. Aber selbst autoritative Lexika führen das PC-Phänomen als Stichwort noch gar nicht auf⁴⁰.

Debatte

Insofern war es verdienstvoll, daß eine einschlägige Arbeit⁴¹ deutschen Lesern in aller Ausführlichkeit vor Augen führte, „wie sich die Amerikaner in political correctness verstrickt haben“. Deutlich wurden die Folgen dieser Argumentationsvorschriften nicht nur für die akademische Freiheit⁴², sondern überhaupt ihre Wirkung auf den Zusammenhalt einer Gesellschaft, die sich durch die PC-Psychose in lauter Separatgesinnungen auflösen kann⁴³. Denn „Polarisierung macht süchtig“⁴⁴. Vor allem dann, wenn eine veritable Betroffenheits- und Anschuldigungs-Industrie gesellschaftlicher Teileinheiten die Politik als Vertretung des Gemeininteresses abzulösen droht, wie sich seit geraumer Zeit in den USA beobachten läßt. Mit Betroffenheitsritualen und gegenseitigen Vorhaltungen, für die Notlage beziehungsweise die angeblichen oder tatsächlichen Akzeptanzdefizite dieser oder jener Minderheit verantwortlich zu sein, wird die Zweck-Kommunikation als Voraussetzung demokratischer Entscheidungsfindung gefährdet.

38 Andrew Heywood, Political Ideas and Concepts, London 1994, ist kursorisch auf den Versuch eingegangen (S. 2f.), „to develop bias-free terminology“. Er hält eine „objective language“ freilich für illusorisch, so daß sich ihre Inanspruchnahme allemal ideologisch auswirkt.

39 Vgl. Nigel Rees, The politically correct phrasebook, London 1994.

40 Vgl. etwa Vernon Bogdanor (Hrsg.), Blackwell Encyclopaedia of Political Science, Oxford-Cambridge, Mass. 1992.

41 Vgl. Robert Hughes, Nachrichten aus dem Jammertal, München 1994.

42 Peter F. Drucker, Political correctness and American academy, in: Social science and modern society, 32 (1994) 1, S. 58ff., vergleicht die Absicht der PC-Bewegung, „to beat academia into conformity“, mit der Einschüchterungstaktik der fellow-travellers an den US-Universitäten in den dreißiger Jahren gegen Andersdenkende, die wiederum den McCarthyismus vorweggenommen hätten.

43 Vgl. Ronald Takaki, Multiculturalism: Battleground or Meeting Ground?, in: The Annals of the American Academy, (November 1993), S. 109ff.

44 R. Hughes (Anm. 41), S. 45.

Der aus Australien stammende, in den USA lebende Autor Hughes ist ein bekannter Kunstkritiker, der mit Aufsätzen, die seinem Buch zugrunde liegen, in den USA große Beachtung fand. Das inzwischen weltweite Echo mag damit zu tun haben, daß Hughes fairerweise von einer doppelten PC-Frontstellung in der amerikanischen Öffentlichkeit ausgeht.

Denn in den USA ringt seit längerem nicht nur eine akademische Linke um Einfluß, die jederlei Beschwernisse ethnischer, feministischer oder homoerotischer Art aus einem Punkt kurieren möchte, ganz so wie früher der Marxismus alles durch die Klassenbrille sah. Ihr geht es um die Beseitigung der vielfältigen Ungleichheiten beziehungsweise Benachteiligungen durch die Stilisierung der jeweiligen Differenz zum archimedischen Punkt einer Erlösung aus allen Übeln, seien es nun reale Leiden oder aber unterstellte Anerkennungsschwierigkeiten. Das klingt paradox und ist es laut Außenwahrnehmung auch: Denn die Heterogenität einer Einwanderungsgesellschaft wie der amerikanischen verlangt nach gegenseitiger Achtung der einander Unähnlichen. Um überhaupt demokratisch kooperieren zu können, ist diese Ambiguitätstoleranz vonnöten, nicht jedoch der gefühlsmäßige Separatismus als Folge eines falsch verstandenen Multikulturalismus.

Es gibt aber nicht nur eine PC-Therapeutik, die das Opfer zum Helden stilisiert und damit einen aggressiven Kult der Sensibilisierung für das Anderssein pflegt, was in der Seelenlandschaft der betroffenen Gesellschaften notwendig eine Mehrheit von Minderheiten zur Folge haben muß. Darüber hinaus scheint der innergesellschaftliche Zusammenhalt der USA ebenso wie die Redefreiheit⁴⁵ in der gegenwärtigen „Phase der Intoleranz“ (Hughes) auch durch einen rechtsgestrickten Monismus gefährdet, der einer Art von „patriotischer Korrektheit“ als eigener Form von PC huldigt.

Man denke an die „all-american“-Mythologie jener Buckley, Buchanan, Falwell oder Quayle, die ihrerseits mit schlichten Zugehörigkeitsmodellen eine schweigende Mehrheit zum Brüllen bringen möchten. In ihrer neuesten Fassung einer „virtuecracy“⁴⁶ predigen diese Beckmesser eine moralische Wiederaufrüstung der USA. Für die politische Zukunft intoniert ihr Charakter-Kreuz-

zug⁴⁷ durchaus die Konflikte um die wahre Identität Amerikas, das mit Blick auf das Bevölkerungsprofil in einem raschen Wandel begriffen ist. Werden doch demnächst die Weißen gegenüber den Schwarzen, Hispanics und Asiaten ihre beruhigende Mehrheit verlieren⁴⁸.

Das PC-Syndrom hat sich in den USA zu einem „gesellschaftlichen Minenfeld“ (Hughes) ausgewachsen⁴⁹. Entsprechend nachdenklich stimmen die Folgen seiner ja durchaus gutgemeinten Kontroversen. Die Verabsolutierung der Unterschiede auf Kosten allgemeingültiger Regeln fördert am Ende die Einfalt, weil strikt voneinander abgeschottete Partikularkulturen dazu neigen, sich selbst zum letzten Bezugspunkt zu erheben. Aus der gesellschaftlichen Vielfalt droht eine Art von Multi-Monolithik zu werden, das an sich reichhaltige Sowohl – Als auch der Spätmoderne wird zum eher simplen Entweder – Oder.

In Kunst und Wissenschaft bleiben bereits im Vorfeld des Versuches, durch „affirmative actions“ und andere Ausgleichsstrategien wie Quotenregelung etc. alle Gruppenbenachteiligungen abzutragen, herkömmliche Werte wie ein allgemeingültiger Qualitätsbegriff⁵⁰ auf der Strecke. Absprachen oder akademische Lese- sprich Nichtlesevorschriften, die Platon durch Frantz Fanon ersetzen, damit ethnische Zugehörigkeitsbewußtsein ja gestärkt werde, mögen als „school of resentment“ (Harold Bloom) alles mögliche erreichen: Keinesfalls aber fördert solche Pseudotoleranz die gegenseitige Anerkennung⁵¹ und damit den sozialen Zusammenhalt. Eher schon das Gegenteil, wie sich unter Verweis auf die Entwicklung des US-„Afrozentrismus“⁵² mit dessen antisemitischer, ansonsten aber überhaupt anti-nichtafrikanischer Stimmungsmache befürchten läßt, die ausgesprochen aggressiv daherkommt⁵³.

47 Vgl. Jonathan Alter/Pat Wingert, The return of Shame, in: Newsweek vom 6. 2. 1995, S. 15 ff.

48 Zu den Daten vgl. Peter Gruber, Rassisten aus Begeisterung, in: Focus, (1994) 14, S. 196 ff.

49 Deutlich bei B.D. Ayres Jr., A war over preferences, in: International Herald Tribune vom 17. 2. 1995, S. 2.

50 Worauf der Literaturwissenschaftlicher Harold Bloom mit Nachdruck hinweist, vgl. Walhall der Autoren, in: Der Spiegel, (1994) 44, S. 235 f. Zum Problem eines literarischen Gütebegriffs Conal Condren, The Status and Appraisal of Classic Texts, Princeton (N.J.) 1985.

51 Zu deren Schwierigkeiten Charles Taylor, Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt am Main 1993.

52 R.K. Landers, Multikulturelle Bildung – Ein Diskurs, in: Amerika Dienst, (1992) 34, S. 1 ff.

53 Kritisch über diese „Wieder-Rassifizierung des Andersartigen“ Ferenc Feher, Multikulturalismus, in: Europäische Rundschau, (1994) 3, S. 99 ff., und auch Yehudi O. Webster, The Racialization of America, New York 1992.

45 Vgl. Doris Kunz/Peter-Erwin Jansen, PC – Amerikanische Hochschulen unter konservativem Beschuß, in: Die Neue Gesellschaft, (1992), S. 31 ff.

46 Newsweek vom 13. 6. 1994, S. 13 ff.

Toleranz

Der PC lassen sich indes auch komische Seiten abgewinnen. Nicht nur, weil heiliger Ernst immer zum Spott reizt; die bisweilen geradezu neurotischen Verrenkungen des einschlägigen Sprachpurismus wirken einfach albern⁵⁴. Das „Eintauchen in die Wasser des Euphemismus“ (Hughes) verliert leicht den Boden unter den Füßen. Denn wenn der Blinde „other-visioned“, der Lahme „differently abled“ oder der Zwergwüchsige „vertically challenged“ genannt wird, was ist damit gewonnen? Ob „dead“ oder „terminally challenged“, wo liegt für Opfer wie Hinterbliebene der Unterschied?

Allerdings hat dieses PC-sprachliche Lourdes den Effekt, eine Gemeinde semantisch Gleichgesinnter zu stiften, die sich qua Sprachcode besser oder auch fortschrittlicher dünken mag als die Noch-nicht-Sensibilisierten. Und es findet zudem eine Entlastung statt, was womöglich wichtiger ist. Viele Ärgernisse scheinen mit ihrer Umbenennung aus der Welt geschafft. Man kann jetzt darum streiten, notfalls auf dem Klagewege, nicht mehr als häßlich zu gelten, sondern als „cosmetically different“; nicht kahlköpfig zu sein, sondern „hair-impaired“; nicht länger arm, sondern „differently advantaged“. Die Betroffenen mögen sich besser fühlen oder auch nicht. Hat sich etwas an ihrer Lage geändert?

Mit Blick auf einige der deutschen PC-Felder wie z. B. die

- Tabuierung der Korrelation von Kriminalitätstyp und (ausländischer) Täterherkunft,
- Verdächtigung jeder Euro-Kritik als antieuropäisch und damit friedensfeindlich, rückständig etc.,
- Gleichsetzung von Reformnotwendigkeiten im gesellschaftlichen Unterstützungsbereich mit „Sozialabbau“,
- Hysterisierung des sexuellen Miteinanders als wenigstens latent antifeministisch oder
- Verwerfung jeder außenpolitischen Erwägung staatspolitischer Sicherheits- und Eigeninteressen des Landes als „nationalistisch“

54 Sie erinnern dadurch zuweilen an jenen aus „patriotischer Korrektheit“ inszenierten „Alamode-Kehraus“, so Fodor von Zobelitz (Almanach: Velhagen/Klasings Monatshefte, Berlin 1915, S. 309ff.), der die deutsche Sprache um den Gesichtserker statt der Nase bereichern wollte, vgl. Eduard Engel, Sprich deutsch! Zum Hilfsdienst am Vaterland, Leipzig 1917.

lassen sich erhebliche Eintrübungen des Diskussionsklimas erkennen. Fragen und Probleme wie diese sind zu erörtern – kontrovers, aber offen, gerade um mit Blick auf das Allgemeinwohl als Quersumme individueller Lebenschancen politisch innovativ und damit überhaupt gesamtgesellschaftlich handlungsfähig zu bleiben.

Das aber setzt nicht nur parlamentarische Transparenz und eine plurale Öffentlichkeit voraus. Es verlangt zudem, „lechts wie rinks“ (Jandl), die Abwehr von Einschränkungen der Partizipation etwa durch die

- Denunziation und damit Mißachtung wichtiger Themen und Fragestellungen als verwerflich, unzulässig oder überholt,
- Ignorierung ideen-klimatischer Wandlungen als Folge gesellschaftspolitischer, wirtschaftsstruktureller beziehungsweise nationalstaatlicher Veränderungen sowie die
- Verdrängung der Belange der einen oder anderen Sozialgruppe⁵⁵ aus den Orientierungsprozessen beziehungsweise der Entscheidungsfindung in der Gesellschaft.

Ob es sich bei der PC um interkulturelle Konkurrenz, den „Verrat der Intellektuellen“ (Benda) an ihren eigenen Kommunikationsvorgaben, um „ideologische Kammerjägeri“⁵⁶ oder einfach nur um Rechthaberei von Gruppen handelt, stets mag ein Blick in die Ideengeschichte ihre bedenklichen Folgen für die allgemeine Gedanken- und Ausdrucksfreiheit erhellen.

Die Welle der PC und ihrer Effekte mag wieder abflauen⁵⁷, Moden kommen und gehen bekanntlich, nicht zuletzt in den geistigen Gefilden. Das Anliegen der PC ist es immerhin wert, präsent zu bleiben. Doch lehrt die Erfahrung, daß die angestrebte Universalisierung von Anerkennung in der demokratischen Moderne ganz andere Vehikel benötigt als die Sprachsteuerung.

Weder ist die PC-typische Anspruchshaltung noch der damit zum Ausdruck kommende Kampf um

55 Wie es Heidi Schüller, „Gesundheitsministerin“ im SPD-Schattenkabinett, jüngst mit ihrem durchaus ernstgemeinten Ansinnen vertrat, die Älteren, mithin die Mehrheit der Bürger, durch Wahlrechts-Beschneidung aus dem Sozialdiskurs auszuschalten, vgl. der Spiegel, (1995) 12, S. 223.

56 Eckhard Fuhr, Systematische Verlogenheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 12. 1994, S. 1.

57 Worauf die Anti-anti-discrimination-Stimmung in Washington hinzuweisen scheint, vgl. Bob Cohn u. a., What about women?, in: Newsweek vom 27. 3. 1995, S. 24ff.

Hegemonie historisch besonders neu⁵⁸, und schon gar nicht die resultierenden Verhärtungen im Gesellschaftsverkehr. Zwar unter vormodernen Bedingungen, aber immerhin mit Blick auf das gleiche Menschengeschlecht hat schon John Locke in seinem „Letter on Toleration“ (1689) einen Vorschlag zur Güte versucht. Die Problematik der allfälligen Differenz als PC-Motiv ist schwerlich zu beseitigen. Es läßt sich aber mit ihren Folgen umgehen, indem aus der Not eine Tugend gemacht wird. Doch Toleranz ist nicht Gleichgültigkeit, sondern sucht überall dort nach Ausgleich, wo Ungerechtigkeit augenfällig ist. Sie würdigt den Anspruch auf Respekt, akzeptiert zugleich jedoch aktiv wie passiv jene Unterschiedlichkeiten, aus denen die Realwelt gestrickt zu sein pflegt.

Hemmnisse

Das ist leichter gesagt als getan, wie ein Blick auf die Sozial- oder auch Ideengeschichte zeigt. Denn alle Vergesellschaftung beruht auf dem „Zugehörigkeitsbedarf“ (Plessner) der Menschen. Daraus ergibt sich notwendig soziale Kontrolle, mithin zu allen Zeiten eine wie auch immer mit Inhalten gefüllte PC. Hingegen ist die Ausformung, Zulassung und Förderung von Abweichungen der verschiedensten Art – folglich Freidenkerei durch Pluralismus – historisch gesehen ein spätes Kind der Neuzeit.

Der Nonkonformismus in all seinen Tonarten spiegelt die Auffächerung der Lebens- und Erwartenswelten bei der funktionellen Differenzierung der Arbeitswelt als Folge der Durchindustrialisierung. Politisch wirkte sich die Vervielfältigung der Daseinsformen als Demokratisierung der Machtverhältnisse aus: Mühsam genug, wie noch die Verteidigung der „Mannigfaltigkeit“ durch Benjamin Constant⁵⁹ belegen mag – ganz zu schweigen von den totalitären Versuchungen rechter wie auch linker Machart des 20. Jahrhunderts.

Gleichviel, Freizügigkeit war und ist das Signum der Moderne. Laut Erkenntnis der Sozialwissen-

58 So widmet bereits Claude-Adrien Helvétius in seinem umstrittenen „De L'Esprit“ (1758) [2 Bde., Paris 1822, hier Bd. I, S. 156ff.] unter dem Titel ‚Du bon ton et du belle usage‘ nicht nur dem ewigen Streit zwischen „mot juste“ und „mot vrai“ ein eigenes Kapitel (IX). Zudem sei in der Neuzeit „toute société divisée d'intérêt et de goût“, so daß man sich in ihr allemal „s'accuse respectivement de mauvais ton“. „Quand le bon ton paraît“, kommentiert schon Helvétius (S. 160) daher die Übertreibungen jeder unvermeidlich zeitgeistabhängigen Sprachüberwachung, „le bon sens se retire.“

59 Vgl. Benjamin Constant, Über die Gewalt (1814), Stuttgart 1948, S. 39 ff.

schaften bedeutet sie zudem ihre Fatalität, weil mit der grenzenlosen Mobilität aller Lebensbereiche die mentalen wie strukturellen Einbindungen entfallen. Wirklich zeitgemäß wäre demnach erst eine Gesellschaft, in welcher alle Mitglieder gleichermaßen die individuelle Kompetenz zur Meinungsbildung mit der persönlichen Mündigkeit vereinen. Unter Beweis zu stellen etwa in dem Sinne, wie einst Lord Acton⁶⁰ den Umgang mit Minderheiten aller Art zum Lackmusest gesellschaftlicher Liberalität erklärt wissen wollte.

In diesem glücklichen Fall wäre Freiheit tatsächlich die Freiheit der Andersdenkenden, wie Rosa Luxemburg es formuliert hat, jedenfalls soweit die Andersdenkenden solche Rückkoppelung ihrerseits anerkennen. Diesen Vorbehalt hatte schon John Locke gemacht. Er nahm in seinem zeitgenössischen Erfahrungshorizont die „Atheisten“ von der Toleranz aus, weil man mit Blick auf gemeinsame Grundwerte nicht wissen könne, woran man mit ihnen sei. Solche Vorsicht entsprang nicht der PC: Wir haben es vielmehr mit Angst vor dem Unbekannten/Fremden und damit vor dem Unberechenbaren zu tun. Furcht hat in der Sozialevolution ohnedies eine herausragende Rolle gespielt, und die Geschichte der Zivilisation läßt sich mit Spinoza als unablässiger Versuch entziffern, der Angst irgendwie Herr zu werden.

„His safety must his liberty restrain“, hat Alexander Pope⁶¹ diesen neurotischen Zusammenhang frühzeitig für die Neuzeit geltend gemacht. Und noch immer wird die Freiheit mit dem Preis der Wachsamkeit bezahlt, was sich in der Kategorie der „wehrhaften Demokratie“ niederschlägt. Wachsamkeit als Sozialkontrolle und Anomieabwehr, Wachsamkeit aber auch gegenüber Meinungsbildungen, die die offene Gesellschaft selbst in Frage stellen. Oder sie in Frage zu stellen scheinen? Denn der Zeitgeist ist allemal „der Herren eigener Geist“ (Goethe). Der Vielförmigkeit sozialer Strukturen beziehungsweise marktbezogener Bedürfnislagen in unserer volksparteilichen Moderne entspricht mitnichten auch ein „offener Himmel des Gemeinnsinns“ (Schiller). Eine autonome Meinungsbildung im Rahmen des allseits freien Austauschs eigener mit fremden und abweichenden Gedanken bleibt Utopie.

Das hat vielerlei Gründe, die keineswegs immer mit der PC-Problematik zusammenhängen. Nicht

60 Vgl. The History of Freedom and other Essays, hrsg. von J. N. Figgis, London 1909, S. 4.

61 Alexander Pope, Essay on Man (1733/34), Vers 277, in: ders., Collected Poems, hrsg. von Bonamy Dobrée, London–New York 1963, S. 204.

nur ist die Summe originärer Ansichten in jeder Epoche begrenzt. Obendrein hat die Meinungsbildung grundsätzlich mehr mit Abgrenzung und Ichbehauptung denn mit Großzügigkeit und Anerkennung zu tun. Wir pflegen leichter vom Interesse oder Widerpart her zu denken als im Bemühen um Verständigung oder Wahrheit. Andere Meinungen und Ansichten sind offenbar schwerer zu ertragen als, beispielsweise, unterschiedliche Lebenschancen. Das führt in der Gesellschaft zu allerlei Konformitätsdruck, wie er von Soziologie, Psychologie oder Publizistik vermessen werden konnte. Die vorausseilende Anpassungsbereitschaft ist der Boden aller Vergesellschaftung, aber eben auch aller PC-Spielarten, denn sie entscheidet zugleich über die Verfassung der sozialen, politischen und symbolischen Formen.

Meinungsbildung spielt sich in jedem Gesellschaftssystem als Ringen um jene Ansichten ab, welche die Köpfe der Zeitgenossen erobern. In der modernen Welt beteiligen sich allerdings viel mehr Diskutanten als früher am Deutungsstreit, was diesen Wettbewerb mit friedlichen Mitteln noch erbitterter macht⁶². Die Konkurrenz um die öffentliche Auslegung des richtigen Sinns kann sich dabei nicht mehr – wie in historischen Konstellationen – einem Begründungstest entziehen. Es handelt sich dennoch keineswegs um einen „herrschaftsfreien Diskurs“ (Habermas), nicht nur weil so viel und heftig gestritten wird. Vielmehr geht es im außerakademischen Bereich eben nicht um „Letztbegründungen“, sondern um die Geltung von Interpretationen als Ausdruck von gegensätzlichen Interessen.

In diesem Verständnis wäre PC jene ideologische Sprachregelung auf Zeit, deren Ignorierung oder gar Verletzung zu einer politischen, medialen, wissenschaftlichen etc. Ausgrenzung führt. Es haftet nicht nur das Stigma der Querdenkerei an der Nichtbeachtung des Sprachkodes, sondern zudem die Schmach, einer „lunatic fringe“ anzugehören. Die Normalität etablierter Denkmuster ist nicht nur sehr stabil, sondern auch erschreckend selbstgerecht. Von einer wirklichen Diskussionsfreude als Interesse an der Optimierung der Dinge auch durch Widerspruch kann nirgendwo die Rede sein. Entsprechend ist Parteilichkeit statt Originalität nicht nur in der Politik, sondern überhaupt im weiten Feld der Symbolarbeit das wirkliche Entreebillet des Erfolges.

62 Um gar nicht zu reden von gewaltsamen Auseinandersetzungen um die gültige Weltanschauung, deren Formen und Folgen sich gegenwärtig etwa in Algerien beobachten lassen beim Kampf zwischen Fundamentalismus und (Teil-)Modernisierung.

„Die wahre Liberalität ist Anerkennung.“ Goethe⁶³ hatte damit freilich keineswegs – im Sinne jener Zugehörigkeitsrituale, die die Welt der Ideen und Meinungen nicht zuletzt als PC tatsächlich bestimmen – die Zustimmung zur jeweiligen Ordnung gemeint, sondern die aufgeschlossene Haltung gegenüber der Vielfältigkeit der Welt und die wenigstens intellektuelle Würdigung einander widersprechender Standpunkte.

Davon sind wir noch immer weit entfernt. Bereits Alexis de Tocqueville hat sein Grundlagenwerk ‚De la Démocratie en Amérique‘ (1835) nicht zuletzt dem Konformismus gewidmet, der gleichsam als Ersatz für eine mit der Mobilität verlorengegangene *embeddedness* früherer Zeitläufte für Einhelligkeit zu sorgen hat, bei Strafe der Ächtung abweichender Verhaltens-, Denk- oder auch Argumentationsstile⁶⁴.

Konformismus brächte auch eine kritische Kulturgeschichte Nachkriegsdeutschlands zutage. Auch hierzulande zeigen sich Verhärtungen des zugelassenen Meinungsspektrums. Es bestanden und bestehen öffentlich zugelassene Diskurse⁶⁵, die wechseln mögen und zu denen von Bewegungen oder Gruppen hin und wieder Einsprüche vorgebracht wurden, die aber gleichwohl als PC für all diejenigen Symbolarbeiter (Politiker, Wissenschaftler, Journalisten etc.) verbindlich blieben, die um Publikum bemüht waren.

Fazit

Schon für Tocqueville hatten die Medien⁶⁶ in der Gegenwart die Aufgabe übernommen, besagte „Einhelligkeit“ zu sichern. Ohne ihre Dienste ließ

63 Brief vom 25. 11. 1807, Gedenkausgabe der Werke, Briefe und Gespräche, hrsg. von Ernst Beutler, Zürich 1948 ff., Bd. 17, S. 529.

64 Die beispielsweise Nathaniel Hawthorne in seinem Roman: *The Scarlet Letter*, Boston 1850, literarisch veranschaulicht hat.

65 Wobei die Bezugsgruppentheorie erklärt, wieso die etwa im politischen Raum dominanten Redeweisen mit der im intellektuellen oder medialen Feld geltenden Wortwahl nicht unbedingt oder gar insgesamt übereinstimm(t)en. Was besagt, daß bisweilen mehrere, zum Teil widersprüchliche PC-Modi zu beachten waren oder sind; man denke etwa an den mittlerweile entsorgten Antikommunismus-Komplex. Wie der neue Geschichtsstreit über das Kriegsende belegt, kann aber auch Übereinstimmung zwischen den genannten Kreisen herrschen, so daß wenigstens in dieser Frage dann eine allgemeingültige Sprachregelung besteht.

66 Um einmal von der manipulativen Rolle der Demoskopie abzusehen, die sich immer mehr als Volkes Stimme zu gerieren scheint.

sich mithin auch PC nicht transportieren. Dabei galten der Moderne anfangs die Medien als die demokratischsten aller demokratischen Einrichtungen. Mit den Medien hat sich Öffentlichkeit von Anfang an als eine der Grundideologien der Neuzeit erwiesen. Ideologie nicht etwa deswegen, weil schon Pietro Aretino, Jahrgang 1492, als Urvater des Journalismus geflissentlich Mißbrauch mit der Publizität trieb; oder weil „öffentliche Meinungen – private Faulheiten“ sind, wie Nietzsche meinte. Es war und ist vielmehr eine Illusion, Wirklichkeit oder gar Wahrheit und Öffentlichkeit für identisch zu halten.

Seit Friedrich Schiller 1784 in seinem Mannheimer Vortrag „Die Schaubühne als eine moralische Anstalt betrachtet“ vom Zeitgeist als von einer „künstlichen Welt“ sprach, gleichsam einer eigenen Dimension menschlicher Verständigung, galt die Öffentlichkeit – also die Bereitstellung, der freie Erwerb und die Deutungsvielfalt von Nachrichten – als notwendige Aufklärung der Gegenwart über sich selbst. Die Schaubühne, so daher Schiller noch voller Optimismus, „ist der gemeinschaftliche Canal ... Richtigere Begriffe, geläuterte Grundsätze, reinere Gefühle fließen von hier durch die Adern des Volkes; der Nebel der Barbarei, des finsternen Aberglaubens verschwindet, die Nacht weicht dem siegreichen Licht“⁶⁷.

Der in Kontinentaleuropa damals festsitzende Feudalismus hatte mit Informationsfreiheit wenig im Sinn. Im vorrevolutionären Frankreich etwa wurden Zeitschriften, Bücher oder Traktate von Henkershand verbrannt, stellvertretend für die nichtgenehme Öffentlichkeit. Kaum verwunderlich, daß sich der aufkommenden Bürgerära die Informationsfreiheit als Symbol der Selbstbestimmung darstellte.

Alles, was unter Ausschluß der Öffentlichkeit geschah, geriet nach und nach in den Verdacht der Privilegienwirtschaft. Die Französische Revolution bewirkte mithin eine Explosion der Veröffentlichung. Bereits im Januar 1789 gab der Abbé Sieyès⁶⁸ als Losung aus: „Die Vernunft schätzt keine Geheimnisse.“ Wahrhaftig, vernünftig und richtig war nur noch, was sich vor aller Augen abspielte. Das Nichtöffentliche hingegen schien verdächtig, weil es sich der Rechtfertigung entzog. Und wohin die Kontrolle durch Präsenz nicht reichte, dahin mußten die Medien

leuten, die sich hinfert der öffentlichen Angelegenheiten nicht nur in Form einer expandierenden Presse annahmen.

Indem Meinungsbildung und Willensbildung verschmolzen, fand im Verständnis der aufgeklärten Zeitgenossenschaft tatsächlich ein „Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant) statt, in der die Vergangenheit befangen schien. Dieses Verständnis von Öffentlichkeit war freilich am Feudalismus als Widersacher orientiert: Es stritt gegen überkommene Sozialformen, die sich dem Allgemeinwohl nicht verantwortlich fühlten und insofern auch jene „Freiheit der Feder“ schlecht vertrugen, die Kant für ein „Palladium der Volksrechte“ hielt. Auf der Bühne der neuzeitlichen Politik hingegen stellten sich in aller Öffentlichkeit rasch neue Komplikationen ein, übrigens sogar mit der Öffentlichkeit selbst. So läßt sich schon die Französische Revolution als ein erbittertes Ringen sehr verschiedener Öffentlichkeiten um Geltung deuten⁶⁹ und damit auch als Tummelfeld der PC.

Es war leider ein Trugschluß der Aufklärung, Öffentlichkeit mit Vernunft beziehungsweise Wahrheit gleichzusetzen. Inzwischen spiegelte die veröffentlichte Meinung die sehr verschiedenen Wahrnehmungen der Realität, wie sie sich im Alltag nebeneinander fanden. Deren Verarbeitung wiederum hing mehr von der eigenen Betroffenheit und weniger vom unbefangenen Vernunftsgebrauch ab.

Öffentlichkeit geriet zum Forum, um innergesellschaftliche Spannungen auszutragen; denn die komplizierten Sozialverhältnisse, die mit der auf Verantwortlichkeit und Mitsprache in der Gesellschaft begründeten Moderne ans Tageslicht traten, waren eine Abfolge immer neuer Übervorteilungen. Auch der Publizität standen bald schwere Zeiten ins Haus, nicht zuletzt deswegen, weil sie zur Steuerung der Meinungsbildung miß- bzw. gebraucht wurde. Zu lernen ist aus diesen Vorwürfen immerhin, daß Öffentlichkeit das einzige Medium ihrer Bewältigung darstellt. Denn nur, indem sich die unterschiedlichen Bedürfnisse *vor aller Öffentlichkeit* artikulieren, ohne durch PC ‚abgewürgt‘ zu werden, lassen sich auf die Dauer vielleicht Formen finden, wie ihnen politisch, sozial oder auch symbolisch entsprochen, aber auch widersprochen werden kann.

67 Sämtliche Werke in zwölf Bänden, Bd. X, Stuttgart-Tübingen 1838, S. 77f.

68 Qu'est-ce que le tiers état?, Paris 1888, S. 92.

69 Vgl. Heinrich Cunow, Die Parteien der großen französischen Revolution und ihre Presse, Berlin 1912².

Hermann Kurthen/Kay Marie Losey: Schlagwort oder Kampfbegriff? Zur „Political Correctness“-Debatte in den USA

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/95, S. 3-13

Die Konjunktur des sich inzwischen auch im deutschen Sprachbereich einbürgernden Begriffs der „Politischen Korrektheit“ wirft Fragen auf nach Ursprung, Bedeutung, Gebrauch und politischer Wirkung dieses Schlagworts. Dieser Beitrag weist nach, daß sich dahinter mehr verbirgt als nur ein bloßer Streit um Worte. Forderungen nach einer besseren Artikulation der Interessen und Sichtweisen von früher vergessenen oder an den Rand gedrängten sozialen, ethnischen und kulturellen Gruppen, insbesondere von Frauen und Minderheiten, stellen die gleichsam selbstverständliche Dominanz der angelsächsischen männlichen „mainstream“-Kultur und ihrer Träger im öffentlichen Leben in Frage. Seit dem Ende der Reagan-Ära formiert sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Auswüchse der Kultur der „Political Correctness“ (PC) eine immer stärker werdende neokonservative Gegenbewegung, die zunächst eher kulturkritisch und akademisch, zunehmend aber auch an den „grassroots“ das Unbehagen der weißen Mittelklasse artikuliert.

Inzwischen wird „PC“ als diffamierender Kampfbegriff benutzt, um Errungenschaften der Frauenbewegung, multikulturell geprägte Ausbildungsgänge an Schulen und Hochschulen sowie die aktive Herstellung angemessener Minderheitenanteile und privilegierter Positionen („Affirmative Action“) zurückzuweisen. Dabei werden etwa die Relativierung von Leistungsstandards, die angebliche Einschränkung der freien Meinungsäußerung und die Gefahren selbstzerstörerischer multikultureller Separation heraufbeschworen. Tatsächlich gibt es dafür aber kaum Anhaltspunkte. Die Mehrzahl der Befürworter von mehr kulturellem Pluralismus, von mehr Sensibilität und Toleranz im wechselseitigen Umgang, von Schutzrechten für Minderheiten und Chancengleichheit stellen die nationale Einheit oder amerikanische Grundwerte von Demokratie und Kapitalismus nicht in Frage. Vielmehr sind ihre Forderungen eingebettet in das amerikanische Selbstverständnis und reflektieren das Bemühen um Selbstfindung einer sich wandelnden kosmopolitischen Nation auf dem Weg ins nächste Jahrhundert.

Cora Stephan: Political Correctness, Identität und Wertelerativismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/95, S. 14-18

In Deutschland haben wir, so scheint es, die heftigsten Debatten über Political Correctness (PC) bereits hinter uns: Die Frauenbewegung hat sich mit ihrer Forderung nach einer Repräsentanz des Weiblichen in der Sprache sehr weitgehend durchgesetzt. Ist PC hierzulande also nur eine Frage des Respekts bzw. eine neue Weise der Höflichkeit? Nein, denn PC als Strategie der Anerkennung gesellschaftlicher Minderheiten entwirft keinen universalen Wertekanon, sondern formuliert Sprachregelungen, die die „Identität“ dieser Minderheiten würdigen und betonen sollen. PC bedeutet letztlich das Untergehen eines allgemeinen Wertekanons in einer Art „Kulturrelativismus“, der womöglich einer fragmentierten modernen Gesellschaft sogar entspricht.

Die Kehrseite: „Wertelerativismus“ verzichtet auf zivilisatorische Errungenschaften wie Unparteilichkeit der Gerichte und Repräsentativität der parlamentarischen Demokratie zugunsten von „Stammesrecht“ und Lobbyismus. Die Logik von PC ist letztlich ethnizistisch, denn eine darauf sich berufende „Identitätspolitik“ begründet Differenzen mit „Natur“. Natur aber ist nicht verhandelbar, nicht kompromißfähig.

Es gibt deutsche Denktraditionen, die einem solchen Wertelerativismus entgegenkommen und die im alten Gegensatz von „Kultur“ und „Zivilisation“ wurzeln. In der Debatte um die „doppelte Staatsangehörigkeit“ läßt sich nachvollziehen, wie auch hier letztlich der kulturellen Differenz der Vorzug gegeben wird vor dem politischen Gesellschaftsvertrag. Ist diese Art eines „Zurück zur Gemeinschaft“ letztlich der Preis der Moderne? Schwächt der Wertelerativismus die Selbstbehauptung der westlichen Demokratien gegenüber Spielarten des Fundamentalismus?

Sven Papcke: „Political Correctness“ oder die Reinigung der Sprache

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/95, S. 19-29

Die Kontrolle des Sprachgebrauchs zählt zu den Bereichen jener „Sinnstäbe“, die laut Max Weber seit eh und je die politische Ordnung der Gesellschaftsformen grundiert haben. Mit der funktionellen Differenzierung der Sozialwelt in der Moderne entsteht die öffentliche Meinung freilich als Streit um die Geltung von Weltbildern. Sie wiederum korrespondieren mit Interessen, Lagern und Schichten, die im Wettbewerb stehen und deren Redeweise zugleich auch ihre unterschiedlichen Belange, Bedürfnisse, Visionen etc. zu Wort kommen lassen will. Diese Interpretationskonkurrenz war in den langen Prosperitätsjahren hierzulande in den Hintergrund der Aufmerksamkeit getreten, weil sich die Meinungsträger im Grundsätzlichen auf eine Art von *consensus omnium* verpflichtet zu haben schienen. Mit Wirtschaftskrise, Modernitätsblockaden, Wiedervereinigung, überhaupt den neuen Unordnungs- und Gewalterfahrungen der Zeitläufte sieht sich die Sozial- und Lebenswelt erneut als Streitfall entdeckt. Dabei spielt nicht zuletzt die aus den USA importierte *political correctness* eine wichtige Rolle. Mit dieser Formel erst erschließen sich, so scheint es, der Zeitgenossenschaft auch wieder die Herrschafts- und Oppositionsfunktionen sprachlicher Verkehrsformen.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit Inhaltsverzeichnis,
Sach- und Personenregister



25,- DM

zuzügl. Versandkosten

Jahrgang **1994**

Noch begrenzt vorrätig (Preis w. o.)

Jahrgang: 1993



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell-
Adresse:

Das Parlament,

Fleischstraße 62-65,
Telefax (06 51) 46 04-153

Vertriebsabteilung
54290 Trier

Aus Politik
und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gesamtverzeichnis
1953-1992

Bundeszentrale für politische Bildung

Vierzig Jahre
**Aus Politik
und Zeitgeschichte**

**Gesamtverzeichnis
1953-1992**

Chronologisches Register,
Autorenregister,
Schlagwortregister

286 Seiten, broschiert

Preis: 15,- DM
zuzügl. Versandkosten